LOKALER AKTIONSPLAN

für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Stadt CHEMNITZ

Inhalt auf einen Blick

	Seite
Grußwort der Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig	4
Reden zur Vorlage des Rahmenkonzeptes im Chemnitzer Stadtrat	
• Rede von Wilma Kleinertz, CDU-Fraktion	6
• Rede von Volkmar Zschocke, Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	8
Vorhaben und Prozessbeschreibung	
• Einführung	11
• Prozessbeschreibung	13
• Zeit- und Maßnahmeplanung	14
Problem- und Situationsanalyse für die Stadt Chemnitz	
• Organisierter Rechtsextremismus/ Rechtsextreme Parteien	16
• Rechtsextremistische Szene	19
• Rechtsextremistische Gewalt- und Straftaten	23
• Neue Rechte	25
• Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung	27
• Beispielhafte Aktivitäten der extremen Rechten in den vergangenen Jahren	28
Ressourcen und bestehende Maßnahmen in der Stadt Chemnitz	
• Maßnahmen der Behörden und Verwaltung	30
• Maßnahmen der öffentlichen und freien Jugendhilfe	31
• Maßnahmen von Initiativen und Vereinen	36
• Maßnahmen in Schulen	38
• Maßnahmen im Bereich des Sports	40
Zielstellungen des Lokalen Aktionsplans der Stadt Chemnitz	42
Empfehlungen für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans	53

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Rechtsextremismus ist ein gesellschaftliches Problem, mit dem wir uns auseinandersetzen müssen. Doch ihn zu erkennen, das ist nicht mehr so leicht wie noch vor einigen Jahren. Ja, es gibt sie noch, die kahl geschorenen Köpfe und die schweren Springerstiefel. Viel häufiger jedoch hat der Rechtsextremismus heute ein bürgerliches Gesicht. Er hat sich angepasst und sucht seinen Platz in der Mitte der Gesellschaft. Nicht selten über Umwege in Schulen oder Sportvereinen.

Doch genau das dürfen wir nicht zulassen. Wir wollen und wir werden hinsehen, wir wollen und werden etwas dagegen tun, dass Rechtsextremismus unsere Gesellschaft bedroht, dass er Freiheit und Demokratie in Zweifel zieht. Unsere Antwort ist der Lokale Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, der Ihnen hier in Form einer Broschüre vorliegt.

Wir haben ihn gemeinsam mit verschiedenen Gruppen erarbeitet, mit Jugendlichen, mit Pädagogen, anderen Experten. Die zentrale Frage war: Was können wir tun, um eine tolerante(re) Alltagskultur zu schaffen? Welche Probleme gibt es auf dem Weg dahin? Und wie können wir sie lösen?

Es fängt im Kleinen an. Damit beispielsweise, zu widersprechen, wenn jemand im Bekanntenkreis Vorurteile rekapituliert. Damit, offen zu sein für andere Lebensentwürfe, andere Religionen, andere Meinungen.

Und es geht in der Politik weiter: Innerhalb des Lokalen Aktionsplanes fördern wir Projekte gegen Extremismus. Für demokratische Werte. Wir unterstützen Fortbildungen, denn es kommt auf die an, die täglich mit jungen Menschen zu tun haben. Daneben sollen sich all jene finden, die auf diesem Gebiet arbeiten, sich austauschen, Netzwerke bilden.

Der Lokale Aktionsplan, so wie er jetzt vorliegt, benennt Ziele und Akteure, er gibt den Weg vor. Doch gehen müssen wir ihn alle gemeinsam; bei Anlässen, die entschiedenes Handeln verlangen, und genauso im Alltag.

Ihre

Barbara Ludwig
Oberbürgermeisterin

Reden zur Vorlage des Rahmenkonzeptes im Chemnitzer Stadtrat am 10. September 2008

Rede von Wilma Kleinertz, CDU-Fraktion

Wir alle wissen aus den Erfahrungen in unserer Geschichte, was politischer Extremismus anrichten kann. Unsere Demokratie in ihrer Wahrung der Menschenrechte im gegenseitigen Respekt, mit dem Recht auf Selbstbestimmung und Freiheit wird immer wieder gefährdet von machtbesessenen Demagogen, die ihre Ideologie über die Menschlichkeit stellen.

Manchmal sind es schleichende Prozesse im Alltag, die fast unbemerkt ablaufen und den Boden für extremes Gedankengut bereiten. Dazu zählen das Schönreden eigener Versäumnisse und die Verklärung der eigenen Vergangenheit, wo nicht mehr zwischen privatem Erleben und politischen Gegebenheiten differenziert wird. Andere Extremisten werben publikumswirksam über populistische Forderungen und Provokationen.

Historische Fakten werden verfälscht dargestellt in dem Versuch, das kollektive Gedächtnis zu verändern. Jugendliche Mitbürger ohne die eigene Erfahrung von Diktatur und Gewalt werden so anfällig für extremes Gedankengut. Das öffentliche Ansehen in den neuen Bundesländern und besonders in Sachsen leidet unter dem Image, politischem Extremismus Raum zu geben. In seiner Regierungserklärung vom 18. Juni 2008 betonte Ministerpräsident Stanislaw Tillich „Arbeit, Bildung und Solidarität“ als Grundprinzipien seiner Politik im „Freistaat der Freiheit für jeden Einzelnen“. Er betonte ausdrücklich die Wichtigkeit des Ehrenamtes beim Engagement für das „Zusammenwachsen Europas und gegen Fremdenfeindlichkeit und politischen Extremismus“.

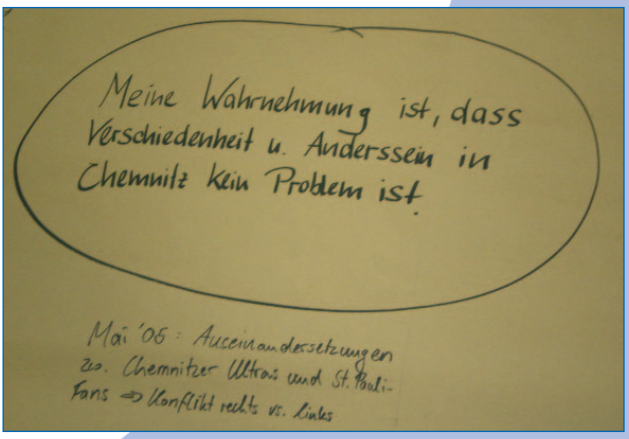
Unsere Landesregierung hat auf extremistische Tendenzen in unserem Land reagiert und auch 2008 ein umfangreiches Förderprogramm für ein „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ aufgelegt: „Der Freistaat Sachsen gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie Zuwendungen für Projekte und Maßnahmen, die die demokratische Kultur in Sachsen fördern und

die Freiheitlich-Demokratische Grundordnung stärken.“ Gefördert werden dabei u. a. Projekte gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus. Demokratische Werte sollen dabei gestärkt und bürgerschaftliches Engagement unterstützt werden sowie die Toleranz und Akzeptanz unterschiedlicher religiöser, kultureller, ethnischer Zugehörigkeiten oder sexueller Orientierungen.

Aus diesem Programm wurde die Erarbeitung des Rahmenkonzeptes der Stadt Chemnitz mit 7.500 € gefördert. Zusätzliche Förderungen erhielten 2008 ebenfalls mehrere Freie Träger aus Chemnitz wie zum Beispiel das Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit e. V. mit 20.000 €. Damit der lokale Aktionsplan der Stadt Chemnitz überhaupt Erfolg haben und seine Wirkung entfalten kann, ohne auf dem Papier stehen zu bleiben, ist es jedoch unbedingte Voraussetzung, auf seine politische Neutralität hinzuweisen. Er würde in der öffentlichen Wahrnehmung unglaubwürdig, sollte eine politische einseitige Vereinnahmung von irgendeiner Seite angestrebt werden.

Der Kampf gegen demokratiefeindlichen Extremismus darf nicht als Spielball parteipolitischer Etablierungs- und Rehabilitierungsversuche missbraucht werden. Damit würde das wichtige Anliegen bürgerschaftlichen Engagements für unser Land konterkariert.
Die unrühmlichen Diktaturen Deutschlands mit ihren Auswüchsen und Strukturen dürfen nicht in Vergessenheit geraten, Geschichte darf nicht verfälscht werden. Was wahr ist, muss wahr bleiben!

Ein demokratisches Sachsen braucht Weltoffenheit, Demokratie und Toleranz. Das ist die Grundlage unserer gemeinsamen politischen Arbeit!



Workshop AG In- und Ausländer e.V. und der DGB-Jugend mit Schülern zum Thema Rechtsextremismus am 11.03.2008

Rede von Volkmar Zschocke, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, der „Kampf gegen rechts" steht oft in Gefahr, zu einem Schlagwort zu verkommen. Der Grund liegt darin, dass diese Formulierung vom eigentlichen Problem ablenkt: Denn nicht die Rechtsextremisten, die auf den Straßen oder in den Parlamenten ihre Ideologie absondern, sind Kern des Problems, sondern der Resonanzboden in unserer Gesellschaft, auf welchen diese Ideologie seit vielen Jahrzehnten stößt.

Unter der Überschrift „Vom Rand zur Mitte" untersuchte die Friedrich-Ebert-Stiftung im Jahr 2006 rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren und kam dabei zu dem – nicht wirklich überraschenden Ergebnis – , dass die Elemente rechtsextremistischen Denkens wie Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus, Antisemitismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Befürwortung einer Diktatur weit verbreitet sind. Nicht alle so eingestellten Bürgerinnen und Bürger wählen aber gleich rechtsextrem, viele wählen auch die großen Volksparteien. Die Ebert-Studie hat zudem herausgearbeitet, dass nicht wenige Mitglieder, z. B. auch von Gewerkschaften und Kirchen das rechtsextremistische Weltbild teilen.

Meine Damen und Herren, ich möchte das vorliegende Rahmenkonzept zum Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie eben gerade nicht zum Anlass für eine kämpferische Rede gegen Rechtsextremisten in unserer Stadt nehmen. Mir geht es vielmehr darum, den Blick auf uns selbst zu richten: Wie aktiv und selbstbewusst treten wir in unserer Stadt für die Werte der Demokratie ein? Welche demokratische Kultur herrscht hier in unserem Haus? Wie ernst nehmen wir es z. B. mit Bürgerbeteiligung, wenn sich Gruppen oder Initiativen unaufgefordert und lautstark zu Wort melden und sich gegen Entscheidungen der Politik auflehnen? Wie transparent machen wir unsere Arbeit, die Entscheidungsprozesse und Entscheidungsgrundlagen gegenüber den Menschen? Ich könnte hier noch viele solche Fragen formulieren. Eins möchte ich damit herausarbeiten: Die Stärke der Rechtsextremisten erwächst immer auch aus der Schwäche der Demokratie, auch aus der Schwäche unserer kommunalen Demokratie.

Daraus folgt zunächst, dass wir das – zumeist sehr nüchterne – Verfahren unserer Entscheidungsfindung so ausgestalten müssen, dass die Menschen nicht das Gefühl haben, es würde

über ihren Kopf hinweg entschieden, als spielten ihre Sichtweise und Meinung keine Rolle. Aber vor allem müssen wir klarmachen, dass Demokratie eben nicht nur ein nüchternes Verfahren für politische Entscheidungsfindung ist, sondern den Werten der Würde, Freiheit und Gleichheit aller Menschen in unserer Stadt, in unserem Land und weltweit verpflichtet ist. Dies ist das Unterscheidungsmerkmal und die Grenzlinie, die wir ziehen müssen: Denn Rechtsextremisten gestehen diese Freiheit allenfalls Menschen zu, die von ihnen – wie auch immer – als „volksangehörig" bzw. „deutsch" definiert werden, d. h. nur im Rahmen ihrer autoritären, völkischen Werteordnung.

Der Aktionsplan soll helfen, dass die Menschen in unserer Stadt diese – oftmals nicht klar erkennbare oder bewusst verschleierte – Grenzlinie im Alltag erkennen und in Konfrontationssituationen entschlossen reagieren können. Dies gilt gleichermaßen z. B. auch für Unternehmen, die Räume vermieten, Medienvertreter, die über Personen oder Ereignisse berichten, für die Stadtverwaltungsmitarbeiter und natürlich auch für uns Stadträte. Dazu gehört neben der Aufklärung über die modernen Erscheinungsformen rechtsextremer Subkultur auch die konkrete Auseinandersetzung mit der Ideologie und Strategie sowie den Kampagnen der Rechtsextremisten. Diese Auseinandersetzung darf sich aber gerade nicht im Gerede über „wehrhafte" Demokratie oder den Ruf nach Verboten, Polizei und Verfassungsschutz erschöpfen. Weil wir diese Auseinandersetzung allein nicht leisten können, brauchen wir dafür die breite Unterstützung vieler Menschen und Initiativen in unserer Stadt. Und genau hier setzt das Beteiligungsverfahren Lokaler Aktionsplan an.

Es wäre auch falsch, den Lokalen Aktionsplan ausschließlich auf Jugendliche oder Schulen auszurichten, denn die Schwäche demokratischen Denkens und Handelns ist, wie nicht zuletzt die Studie der Ebert Stiftung erneut klargestellt hat, kein Jugendproblem allein. Wir müssen in Verwaltung und Rat auch davon wegkommen, jedes Problem im Zusammenhang mit Rechtsextremismus erstmal zum Amt für Jugend und Familie zu schieben.

Meine Damen und Herren, am Ende meiner Ausführungen möchte ich eines deutlich herausstreichen: Der Lokale Aktionsplan ist keine Verordnung oder ein Instrument, mit dem Menschen zu einem bestimmten Verhalten genötigt werden. Denn ein freiheitlicher Staat kann von seinen Bürgern eben kein bestimmtes politisches Bekenntnis – auch keines zur Demokratie – verlangen. Demokratische Gesinnung kann weder verordnet noch mit staatlichen Zwangsmit-

teln durchgesetzt werden. Wer derartiges der heutigen Beschlussvorlage unterstellt, hat sie nicht gelesen oder einfach nicht verstanden.

Es geht vielmehr darum, möglichst viele Menschen für die demokratischen Werte der Freiheit, Gleichheit und Toleranz zu gewinnen. Der Stadtrat kann heute und in den kommenden Haushaltsverhandlungen seine Verantwortung übernehmen und den Rahmen dafür schaffen, dass nicht allein Verordnungen und Verbote, sondern wiederum möglichst viele Menschen, Nachbarn, Mitschüler, Kollegen die Intoleranz, die Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in unserer Gesellschaft entschlossen zurückdrängen.

Schließen möchte ich mit einem Zitat des SPD-Fraktionsvorsitzenden aus dem Sächsischen Landtag, Martin Dulig: „Wir brauchen eine Kultur des Widerspruchs auf allen Ebenen".

Auftritt der Gruppe „iThemba" aus Südafrika im Rahmen des Projektes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" an der Mittelschule „Am Flughafen" (30.09.2008)

Vorhaben und Prozessbeschreibung

Einführung

Um eine nachhaltige Entwicklung lokaler Bündnisse und einen transparenten und beteiligungsoffenen Prozess der Demokratieentwicklung zu initiieren, setzte die Stadt Chemnitz auf das Instrument und die Entwicklung eines Lokalen Aktionsplans. Mit diesem Ansatz sollen staatliche und zivilgesellschaftliche Bemühungen zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens über ein breites Beteiligungsverfahren miteinander verknüpft werden. Gemeinsam wurden folgerichtig eine lokale Strategie und entsprechende Handlungsziele formuliert und über spezifische, in der Erstellung des Aktionsplans ausgehandelte Verfahren und Instrumente beginnt in Chemnitz 2009 die konkrete Umsetzung.

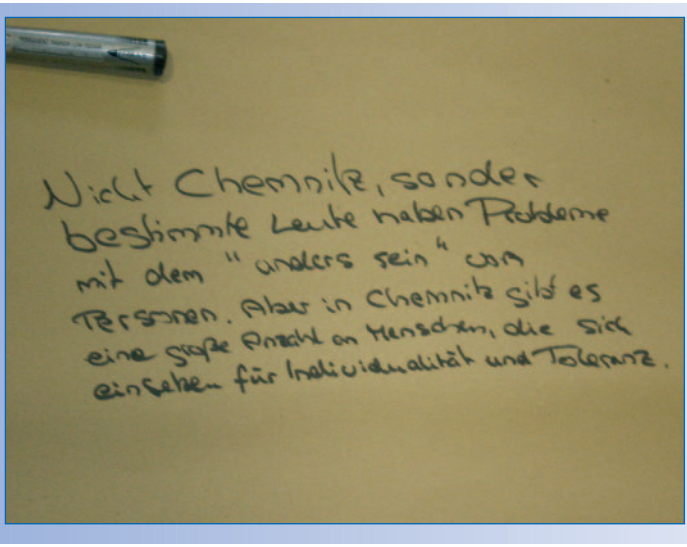
Zentrales Kennzeichen in der Erstellung und Umsetzung des Lokalen Aktionsplans der Stadt Chemnitz war eine breit angelegte, ergebnisoffene Beteiligung zivilgesellschaftlicher, wirtschaftlicher und öffentlicher Institutionen und Gruppen sowie interessierter Bürgerinnen und Bürger. Über die enge Einbindung der Akteure (u. a. von Schulen, Jugendhilfe, Sport, lokaler Wirtschaft, Polizei, Medien, Kirchen, Interessenverbänden, Bürgerinitiativen, kommunale Politik) und Betroffenengruppen (u. a. Zielgruppen, Junge Menschen, Opferverbände) konnte abgesichert werden, dass das Konzept den gesamten lokalen Raum und nicht nur einzelne Quartiere oder Zielgruppen im Blick hat.

Ebenso gewährleistete diese Vorgehensweise eine weitreichende Akzeptanz der formulierten Zielstellungen und beförderte bereits in der Entwicklung des Aktionsplans die Mobilisierung und Generierung von Ressourcen und Kooperationen zwischen Organisationen und Initiativen.

Der Lokale Aktionsplan entfaltet seine Wirkung auf zwei Ebenen:

a) Strategie zur Förderung eines toleranten und demokratischen Gemeinwesens:
Im Aktionsplan werden Aussagen zur aktuellen Situation und den Problemfeldern bzgl. der Schwerpunkte Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt getrof-

fen. Des Weiteren werden bestehende Ressourcen (Netzwerke, Erfahrungen, Multiplikatoren und Projekte) zusammengetragen, um einen umfassenden Überblick über die Aktivitäten zur Stärkung des demokratischen Gemeinwesens zu erhalten. Schließlich münden die Analysen der gegenwärtigen Situation in einer problemadäquaten Formulierung von Zielen und der Entwicklung einer abgestimmten Handlungsstrategie für Demokratie und Toleranz.



Workshop AG In- und Ausländer e.V. und der DGB-Jugend mit Schülern zum Thema Rechtsextremismus am 11.03.2008

b) Instrument zur Förderung und Vernetzung von Maßnahmen und Projekten

Neben der Beschreibung eines problemadäquaten Umgangs und Vorgehens gegen die Phänomene Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt stellt der Aktionsplan ein Förderinstrument dar, welches Maßnahmen und Projekte, die geeignet sind, die lokale Strategie zu befördern, unterstützen wird. Als Grundlage der Auswahl wird eine Förderrichtlinie im Rahmen des Beteiligungsprozesses entwickelt und ein Begleitausschuss gebildet. Neben der Förderung gilt die formulierte Strategie als Querschnittsaufgabe bei themenrelevanten Entscheidungen/Maßnahmen der Stadtverwaltung.

Prozessbeschreibung

Federführend durch den Kriminalpräventiven Rat (KPR) und die AG Rechtsextremismus erfolgte die Erarbeitung eines Lokalen Aktionsplans mit Unterstützung und Begleitung durch ein externes Coaching (Coachingteam POLIS).

Die Stärke des geplanten Vorgehens begründet sich in der Gewinnung einer alltagsnahen und auf dem Wissen von Expertinnen und Experten gestützten Problem- und Situationsanalyse, einer Zusammenschau der bisherigen Aktivitäten und der zur Verfügung stehenden Ressourcen in der Stadt Chemnitz für eine aktive, Demokratie fördernde Arbeit im Gemeinwesen. Des Weiteren werden durch die Einbeziehung vieler Bürgerinnen und Bürger das Thema sowie die Bemühungen öffentlich bekannt und somit eine intensive bürgerschaftliche Auseinandersetzung mit der Thematik befördert. Im Ergebnis steht ein ausformulierter Lokaler Aktionsplan, in welchem genaue Aussagen zur Handlungsstrategie für die Förderung eines demokratischen und toleranten Gemeinwesens und zum Umgang mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt getroffen werden.

Die partizipative Gestaltung des Prozesses erforderte einen Zeitrahmen von Januar 2008 (Planungsrunden und Gespräche in und mit der AG Rechtsextremismus) bis November 2008 (Fertigstellung mit anschließender öffentlichen Präsentation des Lokalen Aktionsplans).

Insgesamt wurden in die Erarbeitung und Erstellung des Lokalen Aktionsplans im Rahmen der Workshops etwa 150 Personen eingebunden. Dieser Personenkreis rekrutierte sich zu etwa 10 % aus städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, zu 10 % aus Vertreterinnen und Vertretern politischer Parteien und Initiativen, zu 40 % aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der öffentlichen und freien Jugendhilfe sowie Lehrerinnen und Lehrern, zu 5 % aus Migrantinnen und Migranten, zu 15 % aus jungen Menschen im Sinne des KJHG und zu weiteren 20 % aus Vertreterinnen und Vertretern von Initiativen, Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Chemnitz.

Mit Vertretern der städtischen Wirtschaft wurden drei leitfadengestützte Interviews durchgeführt, in welchen vor allem die individuellen Einschätzungen und Erwartun-

gen des Unternehmens an einen Lokalen Aktionsplan für die Stadt Chemnitz abgeglichen, laufende Maßnahmen und Aktivitäten in den Unternehmen selbst erhoben und Möglichkeiten der Beteiligung an der Umsetzung der vereinbarten Ziele diskutiert wurden.

Zehn Personen beteiligten sich intensiv an der redaktionellen Bearbeitung der Datenbasis aus den Workshopergebnissen. In vier Redaktionssitzungen wurden die Arbeitsergebnisse besprochen, überarbeitet und zwischen den Sitzungen in einem Online-Wiki diskutiert und weiterentwickelt. Mit einer abschließenden Sitzung Ende September 2008 wurden die erarbeiteten Ziele verabschiedet und die redaktionelle Arbeit beendet.

Mit der Stadtratssitzung vom 10.09.2008 wurde durch eine überwältigende Mehrheit das Rahmenkonzept des Lokalen Aktionsplans bewilligt und der Auftrag zur Endredaktion sowie zum Aufbau der notwendigen Strukturen erteilt. In der Stadtratssitzung November 2008 wird die Broschüre „Lokaler Aktionsplan für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ als Informationsvorlage ausgereicht und mit diesem Termin der Öffentlichkeit vorgestellt und übergeben. Eine Antragstellung für Maßnahmen zur Förderung von Demokratie und Toleranz wird für das Jahr 2009 möglich sein. Die Zuständigkeit übernimmt eine neu eingerichtete Koordinierungsstelle, welche Beratungs- und Vernetzungsaufgaben für Projekte des Lokalen Aktionsplans und darüber hinaus im Themenfeld wahrnehmen wird.

Zeit- und Maßnahmeplanung

Für die ausführliche Problem- und Situationsanalyse sowie die Formulierung entsprechender Ziele wurden teilnehmeroffene und teilnehmerbeschränkte Workshops in der Stadt Chemnitz durchgeführt. Die Unterscheidung im Zugang der Workshops bezog sich hierbei auf die Durchführungszeiten – eine öffentliche Bekanntmachung und gezielte Einladung erfolgte für alle sieben Workshops. Für die Akteursgruppe „Vertreter der lokalen Wirtschaft“ wurden leitfadengestützte Interviews mit Expertinnen und Experten vorbereitet und durchgeführt.

Zeitraum/ Aktivitäten	Zielgruppen/ gesellschaftliche Bereiche		
	3 Interviews	*3 Workshops teilnehmeroffen*	*4 Workshops teilnehmerbeschränkt*
April – Juni - Situationsanalyse/ Lagebild - Ressourcenanalyse - Zielformulierung	Wirtschaft Kommunale Eigenbetriebe Presse	Sport Vereine FW Feuerwehr	1mal Jugendhilfe 1mal Schule
		QM Bürgerinnen/Bürger Bürgerinitiativen	Ordnungsamt Polizei Stadt Sonstige Ämter
		Ehrenamt Bürgerinnen/Bürger Kultur Junge Menschen	ARGE Sozialamt Träger sozialer Dienste
Anfang Juni	Arbeit in einer Redaktionsgruppe - Weiterarbeit mit Vertreter/innen aus den oben benannten Gruppen - konzeptionelle Ausformulierung und Zusammenfassung der erhobenen Daten ➠ Entwicklung des Handlungskonzepts - Konkretisierungen zu Richtlinien, Steuerung, Begleitausschuss		
Mitte September	➠ mehrere Arbeitsrunden zur Formulierung der angepassten Strategie für die Stadt Chemnitz, Arbeit im Online-WIKI ➠ Beschlussfassung des Rahmenkonzepts in Ausschüssen und im Stadtrat		
November/ Dezember	➠ Informationsvorlage Lokaler Aktionsplan im Stadtrat ➠ Veröffentlichung und Verbreitung der Broschüre Lokaler Aktionsplan und Aufruf zur Projekteinreichung für 2009		
Januar 2009	➠ Einrichtung der lokalen Koordinierungsstelle, Öffentlichkeitsarbeit, Beratung und Begleitung von Antragstellern ➠ Begleitausschusssitzungen, Beginn der Projektförderung ➠ Vernetzungsbemühungen, Information und Sensibilisierung		

Problem- und Situationsanalyse für die Stadt Chemnitz

Organisierter Rechtsextremismus/Rechtsextreme Parteien

Als „organisierten Rechtsextremismus" bezeichnet man rechtsextreme Parteien, Vereinigungen, Netzwerke und deren Aktivitäten. Sachsen besitzt das größte Mitglieder- und Anhängerpotenzial im Rechtsextremismus in Deutschland und liegt damit auch über dem bundesdeutschen Schnitt. Von ca. 3.000 rechtsextremen Personen im Freistaat Sachsen sind im Jahr 2007 ca. 980 Mitglieder in einer rechtsextremen Partei.

NPD

In Sachsen 2004 durch neun Prozent der Stimmen mit zwölf Mandaten in den Landtag eingezogen. Ihre neuen Wähler zog sich die NPD vor allem aus dem Bereich früherer Nicht-Wähler (70.000), der CDU (40.000) und der Erstwähler (28.000). Vor allem bei den jungen Wählern findet die NPD fruchtbaren Nährboden. So liegt der Anteil der 18- bis 24- Jährigen bei 21 % (Männer 25 %/ Frauen 15 %). Gewählt wurde die NPD überdurchschnittlich von Arbeitern (17 %), Arbeitslosen (16 %) und Menschen in einer Ausbildung (10 %). Für mehr als die Hälfte ihrer Wähler (57 %) war das Wahlen entscheidende Thema „Hartz IV/ Arbeitsmarkt".

Die NPD ist mit einem Kreisverband in Chemnitz vertreten. Die Strukturen des Kreisverbandes liegen im Vergleich zu anderen sächsischen Regionen zahlenmäßig im mittleren Bereich, so dass diese keinen Schwerpunkt der NPD darstellen. Im März 2005 erfolgte, nach einer Zusammenlegung der Kreisverbände Chemnitz und Chemnitzer Land (Mai 2004), eine Neugründung. Dieser neu gegründete Kreisverband veranstaltet hauptsächlich parteiinterne Veranstaltungen (z. B. politische Gesprächsrunden, Schulungen). Des Weiteren ist dieser durch Infostände, Gedenkveranstaltungen und Verteileraktionen aktiv.

In den vergangenen Monaten intensivierte der Kreisverband auch seine Verbindungen in die rechtsextremistische Kameradschaftsszene. Nach dem Beschluss, poli-

tisch enger zusammenzuarbeiten, wurden einige gemeinsame Veranstaltungen mit der rechtsextremistischen Kameradschaft „Nationale Sozialisten Chemnitz“ durchgeführt. Ebenso bestehen Kontakte und regelmäßiger Austausch zu tschechischen Rechtsextremisten, die wiederholt an Veranstaltungen der NPD teilnahmen.

Bisher ist es der NPD nicht gelungen, ins Chemnitzer Rathaus einzuziehen. Dies ist jedoch ihr erklärtes Ziel und mit Blick auf die erhaltenen Zweitstimmen bei der Landtagswahl 2004 (7,7 %) sowie der Bundestagswahl 2005 (3,2 %) erscheint diese Perspektive nicht völlig abwegig. Für die Kommunalwahl 2009 wird auch in Chemnitz das Verhältnis zwischen den rechtsextremen Parteien im Vorfeld der Wahl entscheidend sein. Das Wählerpotential für die extreme Rechte lag 2004 in einigen Stadtteilen bei über 20 %.

Bei der U18-Wahl 2005 erzielte die NPD in Sachsen, bei 4.865 gültigen Stimmen, einen Stimmanteil von 16,30 %. In Chemnitz (1.424 gültige Stimmen) erlangte die NPD 14,61 %. Dieses Wahlergebnis ist ernst zu nehmen, da bei den kommenden Wahlen diese Wähler dann volljährig und wahlberechtigt sind. Die hohen Stimmanteile der NPD sind in erster Linie nicht auf Protest zurückzuführen, da Befragungen vor Ort ergaben, dass die jugendlichen Wähler die Wahl ernst genommen haben, sich sogar mit den Programmen der einzelnen Parteien auseinandergesetzt haben. Durch ihren Einzug in den Sächsischen Landtag und der daraus folgenden stärkeren politischen Position ist die Partei nun legitimiert und wählbar geworden. Somit finden die simplen Parolen nun nicht mehr nur bei benachteiligten Jugendlichen und Erwachsenen Anklang.

Zu den Kreistagswahlen 2008 konnte die NPD erstmals in alle Kreistage Sachsens einziehen und somit endgültig eine flächendeckende Verankerung erreichen. Diese wird die NPD als Basis für die Wahlkämpfe 2009 zu nutzen wissen. Trotz zahlreicher Skandale und Austritte aus ihrer Landtagsfraktion erledigt sich die NPD, wie gerne behauptet wird, keineswegs von selbst. Auch die Spekulationen über Personalmangel vor den Kreistagswahlen haben sich in keiner Weise bestätigt.

JN (Junge Nationaldemokraten)

Die Jungen Nationaldemokraten gründeten am 25. März 2006 in Chemnitz einen Stützpunkt und versuchen vor allem durch das „Freie Netz“, welches der Verbreitung u. a. von Infomaterial, jedoch vor allem als regionale Diskussions- und Austauschplattform für Rechtsextremisten dient, die Öffentlichkeitsarbeit zu verbessern und ihre Akzeptanz zu steigern.

Die JN ist mittlerweile aufgelöst worden, jedoch gründete sich 2007 die „Nationale Front Chemnitz“ (NFC) als Alternative. Die Aktivisten bilden eine entscheidende Schnittstelle zwischen NPD und Kameradschaften. In mehreren Landkreisen konnten 2008 Vertreter vom Freien Netz für die NPD in die Kreistage einziehen. Im Chemnitzer Umland bestehen enge Kontakte zwischen der Kameradschaft „Sturm 34“ und jungen NPD-Funktionären.

Republikaner

Chemnitz gehörte zu den Schwerpunktregionen der Partei Die Republikaner (REP). Die REP waren bereits seit 1999 im Chemnitzer Stadtrat vertreten, seit 2004 mit einer Fraktion von fünf Mandatsträgern. Zur Kommunalwahl 2004 erzielten die REP 10,3 % der Stimmen. Ab 2004 befand sich in Chemnitz die Landesgeschäftsstelle der Partei. Der allgemeine Abwärtstrend der Republikaner in Sachsen machte sich ab 2005 auch in Chemnitz bemerkbar. Hier erhielten sie zur Bundestagswahl gerade noch 1,7 % der Zweitstimmen. Die REP führten in den vergangenen Jahren in Chemnitz Wahlkampfveranstaltungen, Informationsstände und Gedenkveranstaltungen durch. Ein von den REP angestrebter Konsolidierungsprozess führte u. a. im Februar 2007 zur Neugründung des Kreisverbandes Chemnitz, aber ohne dass hierdurch nennenswerte Veränderungen erkennbar waren. Der Fraktionsvorsitzende der REP im Chemnitzer Stadtrat trat nach heftigen Querelen 2005 aus den REP aus. Die Stellung der REP in Chemnitz wurde inzwischen weitgehend von der DSU übernommen. Der Fraktionsvorsitzende trat 2008 als Landratskandidat der DSU im Erzgebirgskreis an.

Er stellt eine der Schlüsselfiguren der lokalen Extremen Rechten dar. Er ist Unterstützer und Initiator neurechter Gruppierungen wie der Burschenschaft Theodor Körner, Organisator der rechtsextremen Veranstaltungen zum 5. März, wurde bereits mehrfach bei der NPD im Landtag gesichtet und arbeitet inzwischen auch intensiv mit den Nationalen Sozialisten Chemnitz zusammen. Am 05. März 2008 kam es im Anschluss einer von ihm geleiteten Demonstration zu massiven Angriffen gewaltbereiter Neonazis auf antifaschistische Gegendemonstranten.

Rechtsextremistische Szene

Nachdem sich Mitte-Ende der 1990er Jahre auch in rechtsextremistischen Kreisen verstärkt neue informelle und unabhängige Organisationsformen durchsetzten, liegt heute der Hauptschwerpunkt des Rechtsextremismus nicht mehr in den Parteien. Es entstand ein Rechtsextremismus neuen Typs, basierend auf einer oft tolerierten lokalen Jugend- und Gewaltkultur. Das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus ist längst nicht mehr durch gewalttätige Skinheads geprägt. So wird nun vermehrt versucht, durch perfide Strategien bestimmte Jugendkulturen zu unterwandern. Kulturelle Dominanz soll erlangt und „National Befreite Zonen“ in Sozialräumen, wie Jugendclubs oder Schulen, sollen errichtet werden.

Auch Wahlerfolge rechtsextremer Parteien, allen voran der NPD, können nicht mehr nur als Resultat von Protesthaltungen erklärt werden. Rechtsextremismus entwickelte sich in den letzten Jahren zunehmend zu einer Jugend- und, in Regionen ohne relevante Alternativen, Dominanzkultur, die eine große Anziehungskraft ausübt und die nicht zuletzt die Kader rechtsextremer Parteien speist. Sehr viel mehr als zuvor spielen nun die rechte Musikszene und ein völkischer Lifestyle, der sich durch Symbolik und Kleidung ausdrückt, eine Rolle bei den 14 – 20-Jährigen. Dadurch bietet dieser Rechtsextremismus neuen Typs Jugendlichen eine anziehende Erlebniswelt mit einem reichhaltigen Angebot an Konzerten, Demonstrationen und Veranstaltungen, die nicht zuletzt eine Stimmung von Zusammenhalt vermittelt.

Es liegt besonders im Interesse von Rechtsextremisten auf sich aufmerksam zu machen. Ideologisches Gedankengut soll an möglichst viele Menschen weitergegeben, Sympathien geweckt und neue Anhänger gewonnen werden. Rechtsextremisten müssen, um ihre Stellung innerhalb anderer gesellschaftlicher Gruppen aufzubauen oder zu festigen, alle zur Verfügung stehenden Mittel und Medien nutzen. Dabei haben sich gerade die Kommunikations- und Vertriebstechniken verfeinert. Es existieren professionelle Zeitungen, Videoclips, CD-Roms und Internet-Vertriebsnetze.

Workshop zum Thema: „Neue Entwicklungen in der rechten Jugendszene" im TIETZ, anlässlich des Antirassismustages 2008. Daran nahmen 40 Schülerinnen und Schüler aus 8 Chemnitzer Gymnasien, Mittelschulen und berufsbildenden Schulen teil.

Wie aktive AkteurInnen aus der Jugendarbeit feststellen, ist Chemnitz gerade wegen seiner überdurchschnittlich dichten Vertriebsstrukturen ein Schwerpunkt der rechtsextremen Szene in Sachsen. Die ansässigen Vertriebe betreiben, auch überregional, Versandhandel mit Tonträgern und einschlägiger Bekleidung. Zu diesen Vertrieben zählen u. a. das Bekleidungs- und Musikgeschäft „Backstreetnoise" und „PC Records", die beide im Stadtteil Kappel ansässig sind. „Backstreetnoise" organisiert u. a. rechtsextreme Konzerte und unterstützte die Verbreitung der Schulhof-CD „Anpassung ist Feigheit". Bei „PC Records" handelt es sich um ein Plattenlabel, das Musik rechtsgerichteter Bands wie „Blitzkrieg" (Chemnitz) und „Division Germania" (Mönchengladbach) veröffentlicht, Herausgeber des rechtsextremen Szeneblattes „Der Panzerbär" ist und verschiedene NPD-Veranstaltungen unterstützt(e). Weitere in Chemnitz ansässige rechtsextreme Vertriebe sind das Geschäft „Waffen Army Shoes", der „Wotan-Versand" und zumindest mit Berührungspunkten für die extreme Rechte das

Bekleidungs- und Accessoiresgeschäft „Rascal“. Die Chemnitzer Vertriebsstrukturen stellen die bundesweit umsatzstärksten ihrer Art dar. Vor allem das „PC-Records“ fällt mit 98 als rechtsextremistisch eingestuften Tonträgerproduktionen in den letzten 10 Jahren bundesweit ins Gewicht, davon sind 19 als jugendgefährdend indiziert.

Die Workshops zur Situations- und Problemanalyse im Zuge der Erstellung des Lokalen Aktionsplans Chemnitz erbrachten in weiten Bereichen das Lagebild, dass Chemnitz über eine strukturierte rechtsextremistische Skinhead- und Kameradschaftsszene verfügt. Nach Einschätzung des sächsischen Verfassungsschutzes stellt Chemnitz hier sachsenweit einen Schwerpunkt dar. Die rechtsextremistische Skinhead- und Kameradschaftsszene ist mit acht Kameradschaften in Chemnitz aktiv und agiert dabei unter Labels wie „Freie Kräfte“ und „Nationale Sozialisten“.

So stammen einzelne Sympathisanten von „Sturm 34“ aus Chemnitz und die rechtsextremistische Kameradschaft verübte in der Vergangenheit Straftaten im Raum Chemnitz. Des Weiteren wird von Schmierereien an Häuserwänden, in öffentlichen Verkehrsmitteln und von einer verstärkten öffentlichen Präsenz berichtet. Ebenso wurde beobachtet, dass Sportveranstaltungen immer öfter von rechten Gruppierungen als Forum für ihre Ideologie, Rekrutierung und Gewalt genutzt werden. So hat vor allem der Chemnitzer FC mit akuten Problemen am Rande von Oberligaspielen zu kämpfen. In diesem Zusammenhang wird von Gewalt, Ausschreitungen, rechten Parolen und Propagandadelikten berichtet.

Laut Schätzzahlen fallen ca. 200 Personen unter die Kategorie „gewaltbereite Fans“ und 150 Personen unter „gewaltsuchende Fans“. Besonders auffällig sind dabei die „New Society Boys“. Hierbei handelt es sich um ca. 15 Personen, die sich selbst als gewaltsuchend bekannt haben und durch Symbole, Kleidung und durch Äußerungen und Gesänge klar rechtsorientierte Einstellungen offenbarten. Die „N.S.B.“ haben in Auftreten und Bedeutung die Position der „Hoonara“ (Hooligans, Nationalisten, Rassisten) eingenommen, die bis vor wenigen Jahren in diesem Spektrum die aktivste Gruppe darstellte. Insbesondere personelle Überschneidungen und persönliche Kontakte weisen auf klare Kontinuitäten innerhalb der Fangruppierungen hin. So organisierte bspw. Thomas Haller, der Gründer der Chemnitzer Hooligangruppierung „Hoo-

nara“ bis ins Jahr 2007 den Ordnerdienst beim CFC. Ebenso tauchte im September 2008 wieder ein Hoonara-Transparent im Stadion auf. Einer Situationsanalyse der Fanszene zufolge, ist die bereits hohe Anzahl an Stadionverboten aktuell weiter angestiegen und rechte Tendenzen in der Fanszene sowie die Anzahl an Jugendlichen, die Gewaltbereitschaft zeigen, sind weiter zunehmend.

Vor allem die neuen Medien und hier zuvorderst das Internet dienen der Szene zur Präsentation und Kommunikation. Im Rahmen des „Freien Netzes“, welches Gruppen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Bayern eine Plattform gibt, werden Veranstaltungen der Szene reflektiert, Konzerte, Demonstrationen und andere Aktivitäten beworben sowie ideologische und mediale Inhalte angeboten und vertrieben. Dieses Medium eröffnet der Szene breite Austausch- und Vernetzungsmöglichkeiten über die konkrete gemeinsame Aktivität hinaus. An den Diskussionen im „Freien Netz“ sind aktuelle Überlegungen und Strategien, so eine engere Zusammenarbeit mit der NPD, zu erkennen. Im gesamten Stadtgebiet sind in den letzten Jahren hunderte Aufkleber rechter Kameradschaften zu finden, mit denen sie eine gewisse Hegemonie auf der propagandistischen Ebene gegenüber nichtrechten Jugendkulturen aufbauen wollen.

Im Segment der kulturellen Aktivitäten und Veranstaltungen hält der Trend zur Verlagerung der Konzerte ins ländliche Umland der Ballungszentren weiterhin an. Das letzte rechtsextremistische Konzert in Chemnitz wurde Anfang 2006 durchgeführt. Dies dürfte im Wesentlichen ein Ergebnis der repressiven Strategie seitens der zuständigen Polizeidirektion sein.

Seit 1990 fanden in Chemnitz vier große Aufmärsche von Neonazis und viele kleine Kundgebungen und Demonstrationen statt. Während sich am 11.07.1998 den 400 Rechten noch 6.000 Chemnitzer entgegenstellten, waren es bei dem Aufmarsch des Kameradschaftsführers Christian Worch am 08.02.2003 bei 500 Nazis noch 2.000 Antifaschisten und am 05.03.2008 nur noch 200.

Berichte des Landesamtes für Verfassungsschutz verzeichneten im Jahr 2008 überdurchschnittlich hohe Beteiligungen bzw. Initiierungen Chemnitzer Rechtsextremer

an und von Demonstrationen. So nahmen am 2. Februar in Plauen ca. 100 sogenannte „Nationale und Sozialisten“ aus Plauen, Zwickau, Chemnitz, Hof und Leipzig an einer Demonstration unter dem Motto „Kapitalismus zerschlagen – nationalen Sozialismus erkämpfen“ teil. Am 16. und 17.02. sowie am 02.03.08 führten die Nationalen Sozialisten Chemnitz Spontandemonstrationen im Stadtgebiet durch. Am 05.03.08 demonstrierten ca. 150 Vertreter der autonomen Nationalisten zusammen mit Vertretern von REP und DSU zum Gedenken an die Opfer der Bombardierung von Chemnitz. Bei der zentralen Demonstration des „Freien Netzes“ am 03. Oktober 2008 unter dem Motto „Nationaler Sozialismus jetzt“ in Geithain stellten die Chemnitzer Neonazis den größten Block aller beteiligten Gruppen. Im Vorfeld dieser Demonstration kam es am Morgen in Chemnitz zu einem Überfall von ca. 20 vermummten Rechten auf zur Gegendemonstration nach Geithain fahrende Chemnitzer. Dabei wurden zwei Personen verletzt.

Rechtsextremistische Gewalt- und Straftaten

Zu rechtsextremer Gewalt zählen Übergriffe, Angriffe und Überfälle auf Menschen mit Migrationshintergrund und politische Gegner, die aufgrund politischer Motivationen begangen werden. Diese treten meist im Rahmen von Demonstrationen und Sportveranstaltungen auf. Typischerweise werden diese Straftaten von jungen Männern, die in kleinen Gruppen, Banden oder Cliquen unterwegs sind, meist spontan und ungeplant begangen. Daraus lässt sich das Muster erkennen: „Je eher Menschen fremdenfeindlichen Aussagen zustimmen, desto eher billigen sie Gewalt, desto größer ist ihre Bereitschaft, Gewalt anzuwenden“.[1] Dabei lässt sich beobachten, dass sich die Gewaltbereitschaft des Einzelnen aus seiner persönlichen fremdenfeindlichen Einstellung und seiner eigenen Billigung von Gewalt zusammensetzt. Der überwiegende Teil an Gewalttaten geht dabei von Personen aus, die nicht in Parteien oder politischen Gruppierungen organisiert sind. Doch obwohl über 70 % der Tatverdächtigen unter 21 Jahren sind, ist Rechtsextremismus nicht als ein Jugendproblem, sondern ein gesamtgesellschaftliches zu verstehen. Dabei ist zu beachten, dass

[1] SPD-Parteivorstand: Rechte Gewalt, in: „Für eine starke Demokratie. Wirksam gegen rechts!“, Berlin 2005, S. 43.

Straftaten erst dann in den Statistiken auftauchen, wenn sie angezeigt werden. Daraus ergibt sich, dass Straftaten, welche nicht angezeigt werden, ein sogenanntes „Dunkelfeld“ bilden und in der Statistik nicht vorkommen. Aus diesem Grund sind die häufigsten belegten rechtsextremen Straftaten Propagandadelikte, die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Sachbeschädigungen, wie Schmierereien und Graffitis.

In Sachsen[2] wurden 2007 insgesamt 2.144 rechtsextremistisch motivierte Straftaten, davon 90 Gewalttaten, registriert. Im Vergleich zu den Vorjahren ist diesbezüglich zwar ein leichter Rückgang zu verzeichnen, doch die Anzahl ist weiterhin auf einem hohen Niveau. Mit 1.582 Fällen stellen Propagandadelikte den Hauptteil rechtsextremistischer Straftaten dar. Der Anteil von Gewalttaten macht 4 % aller rechtsextremistischen Straftaten aus.

Von 90 Gewaltdelikten sind 74 Körperverletzungen. 24 der Fälle sind auf fremdenfeindliche Motivationen zurückzuführen. Weitere 75 Delikte im Bereich der Volksverhetzung hatten antisemitische Hintergründe. 65 Straftaten wurden im Zusammenhang mit Demonstrationen begangen.

Ob Gewaltstraftaten im Raum Chemnitz einen rechtsextremen, fremdenfeindlichen oder antisemitischem Hintergrund haben, lässt sich aus den uns zur Verfügung gestellten Statistiken für Chemnitz nur unzureichend entnehmen. Dennoch stellten befragte Akteure einen Anstieg bezüglich der Gewaltbereitschaft fest und verwiesen auf einen Informationsmangel in der Bevölkerung, wie man mit etwaigen Vorfällen umgehen bzw. diesen begegnen sollte. Dies schafft ein Klima der Unsicherheit und Angst, das von Gewalt betroffene Bevölkerungsgruppen begleitet, da sie sich nie der Hilfe Außenstehender sicher sein können. Des Weiteren wurde beobachtet, dass ein drastisches Eingreifen, selbst wenn es notwendig ist, zum eigenen juristischen Nachteil gereichen kann.

Während das Innenministerium für 2008 bisher nur eine rechte Gewalttat in Chemnitz registrierte, verzeichnete die Opferberatung für Betroffene rechtsextremer Gewalt (RAA) bereits neun Gewalttaten mit eindeutig rechtsextremen Hintergrund.

[2] Verfassungsschutz des Landes Sachsen, Verfassungsschutzbericht 2007

Neue Rechte

Pennale Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz

Im November 2002 gründete eine kleine Gruppe von Chemnitzer Gymnasiasten unter der Schirmherrschaft des derzeitigen REP-Fraktionsvorsitzenden im Chemnitzer Stadtrat sowie des Jenaer JLO1[3]-Mitgliedes Mirko Kühnel eine Schülerverbindung mit dem Namen „Pennale Burschenschaft Theodor Körner zu Chemnitz“ (pB!). Ideologisch orientierte sich diese Vereinigung zunächst an dem völkisch-nationalistischen, burschenschaftlichen Wahlspruch „Ehre! Freiheit! Vaterland!“ und fügte diesem noch ihr eigenes Motto „Deutsch und Frei! Kühn und Treu!“ hinzu.

Offiziell erklärten die Mitglieder der pB!, dass es ihr Ziel sei, mit „Gleichaltrigen [...] einer schönen und sinnvollen Freizeitbeschäftigung nachzugehen“[4], die Raum für Feiern, körperliche Ertüchtigung sowie geistige Tätigkeit bietet. Außerdem warb die Vereinigung damit, dass sie Werte wie Kameradschaft und Tradition aufrechterhalte und die Möglichkeit biete, politisch brisante Themen frei und „ergebnisoffen“ zu diskutieren.

Dass es sich bei der Pennalen Burschenschaft Theodor Körner aber nicht um eine harmlose deutschtümelnde Schülerverbindung, sondern um eine Organisation mit eindeutig rechtsextremer Ausrichtung handelt, zeigen alkoholgeschwängerte Stammtischrunden in der Konstante der Burschenschaft, bei denen einschlägige Liedtexte skandiert werden[5], genauso deutlich, wie das „Bildungsprogramm“ der pB!.

Darin fanden sich in der Vergangenheit unter anderem ein Vortrag zur NS-Rassenideologie[6], ein gemeinsamer Ausflug zum Grab des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß[7] und Referate von Protagonisten der Neuen Rechten, wie Hans Ullrich Kopp, der während einer Veranstaltung der pB! eine faschistische Revolution propagierte.

---

[3] Junge Landsmannschaft Ostpreußen

[4] www.pb-chemnitz.de/ueberuns.htm vom 25.06.2006

[5] Aussage eines Veranstaltungsbesuchers im Interview mit Radio T. Chemnitz 2006

[6] www.pb-chemnitz.de/aktl3.htm vom 13.04.2005

[7] Anarchistisches Aktionskommando „Fritz Teufel“: „Mit Gott für Kaiser und Vaterland“, Chemnitzer Burschenschaften und ihre Verankerungen im braunen Sumpf, Chemnitz 2006

Um ihr braunes Gedankengut unter den Chemnitzer Schülerinnen und Schülern zu verbreiten, riefen die Mitglieder der Pennalen Burschenschaft ein Zeitungsprojekt mit dem Namen „Blaue Narzisse“ ins Leben, dessen erste Ausgabe im September 2004 erschien. Diese selbsternannte „Erste Chemnitzweite Schülerzeitung“ wartet neben einer Vielzahl an unverfänglichen Artikeln, welche oft von Autorinnen und Autoren verfasst werden, die nicht dem Umfeld der pB! zuzurechnen sind, immer wieder mit Texten auf, welche die rechtskonservative bis rechtsextreme Weltanschauung der Macher widerspiegeln. Auch auf der Website des Projektes – www.blauenarzisse.de – finden sich etliche Beiträge, in denen nationalistische, rassistische und sexistische Gedanken geäußert werden. Titel wie „Eine deutsche Zukunft“, „Deutschlands großer Sprung nach vorn unter Wilhelm II.“ und „Ratgeber: Richtig rechts sein“[8] sprechen für sich.

Weiterhin lässt sich die politische Ausrichtung der Pennalen Burschenschaft Theodor Körner auch daran erkennen, dass sie gute Kontakte in rechtsextreme Kreise unterhält – sowohl regional, als auch bundesweit. Diese reichen von Verflechtungen mit anderen extrem rechten Burschenschaften über Verbindungen zur Speerspitze der Neuen Rechten in Deutschland bis hin zu Beziehungen in die freie Kameradschaftsszene.

Von Anfang an war diese Burschenschaft auch als neurechte Kaderschmiede und Brutstätte für den Parteinachwuchs der Republikaner konzipiert. Ein Konzept, das aufging: Während einer als Geschäftsführer der Stadtratsfraktion Die Republikaner tätig ist, gehört ein anderer bereits seit längerem zum Autorenkollektiv der Jungen Freiheit und tritt bundesweit als Referent bei Veranstaltungen des Instituts für Staatspolitik (IfS) auf. Auch die anderen Gründungsmitglieder der Pennalen Burschenschaft Theodor Körner traten wiederholt bei politischen Veranstaltungen und Aktionen in Erscheinung. Sei es bei der Verteilung der Wahlwerbung der Republikaner oder bei Aktivitäten der neugegründeten „Konservativ-Subersiven Aktion“.

Inzwischen ist auch an der Chemnitzer Universität eine deutliche Zunahme von Studenten mit rechtsextremen Hintergrund aus dem Umfeld der Burschenschaften, des „Freien Netzes“ sowie der NPD zu verzeichnen.

[8] Homepage http://www.blauenarzisse.de am 09.07.2008

Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung

Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Ausgrenzung bezeichnet die ungleiche Behandlung von Individuen oder Gruppen aufgrund gruppenspezifischer Merkmale. Zu diesen zählen die ethnische oder nationale Herkunft, Hautfarbe, Sprache, politische oder religiöse Überzeugungen, sexuelle Orientierung, Geschlecht, Alter oder Behinderung. Diskriminierung kann unterschiedliche Formen annehmen. Diese reichen von kränkenden Äußerungen, die nicht bewusst geschehen müssen, über bewusste Ausschließung bzw. Ausgrenzung bis zu Gewalttaten. Sie schließen sowohl das Verhalten Einzelner, als auch gesellschaftlicher Organisationen ein. Solche Verhaltensweisen, obgleich sie sich meist nicht im illegalen Rahmen bewegen, prägen jedoch entscheidend das Klima einer Gesellschaft und wirken sich auf das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger aus.

Akteure der sozialen Arbeit berichten in diesem Zusammenhang von einem verbreiteten latenten Alltagsrassismus in der Bevölkerung, aufgrund von Unkenntnis, Angst, Vorurteilen. Dieser äußert sich meist in Benachteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund im Alltag, Schule, Ausbildung, Arbeit. Weiterhin kritisiert wird das mangelnde Maß an Selbstbestimmung und Autonomie im Leben von Menschen mit Integrationshintergrund. Bemängelt wird die fehlende Unterstützung bzw. mangelhaftes/ kontraproduktives Handeln von Politik sowie staatlichen Organen und Institutionen.

Ebenso wurden in Workshops ein Mangel an multikultureller Bildung, die soziale Benachteiligung verschiedener Gruppen und eine Unsicherheit im Umgang mit rechten Strömungen von den Befragten festgestellt. Die NPD ist im politischen Spektrum in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger weiter in die Mitte gerückt und wird als demokratische Partei angesehen. Dies prägt das Meinungsbild der Bevölkerung nicht unerheblich und verletzende Äußerungen bzw. Parolen werden als harmlos und normal empfunden.

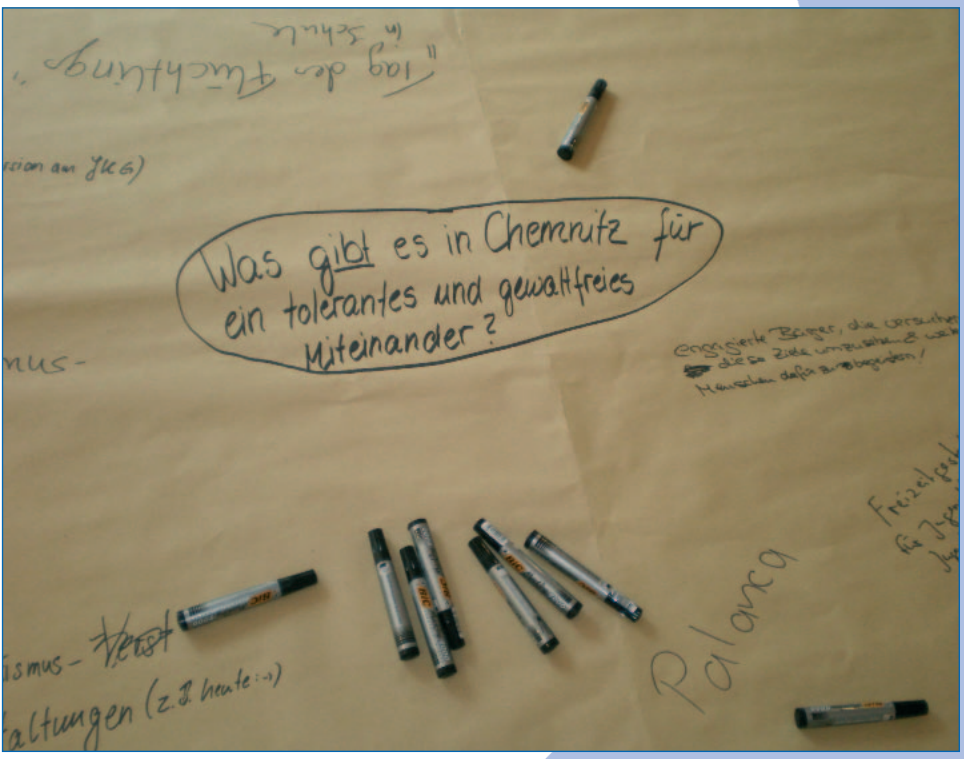
Beispielhafte Aktivitäten der extremen Rechten in den vergangenen Jahren[9]

a) Kundgebungen, Veranstaltungen, Treffen:

- 05.05.2001, Rechtsextremisten, ca. 150 Teilnehmer, Fußballturnier
- 31.07.2004, Rechtsextremisten, ca. 300 Teilnehmer, Fußballturnier und Geburtstagsveranstaltung
- 25.09.2004, Rechtsextremisten, ca. 250 Teilnehmer, Gegenveranstaltung zur Demonstration der Kampagne „Schöner leben ohne Naziläden“
- Januar – Mai 2005, JN, ca. 15 – 30 Teilnehmer, „Demokratischer Montagsprotest gegen Hartz IV“ (etwa 15 Demonstrationen/ Kundgebungen)
- 24.06.2005, Die Republikaner, ca. 50 Teilnehmer, Landesparteitag
- 25.06.2005, NPD, ca. 300 Teilnehmer, Landesparteitag
- 16.08.2005, NPD, ca. 140 Teilnehmer, Demonstration „Fremdarbeiter stoppen – Arbeit für Deutsche“
- 25.03.2006, JN, ca. 40 Teilnehmer, Stützpunktgründung
- 04.06.2006, NPD, ca. 60 Teilnehmer, Vortragsveranstaltung
- 03.03.2007, Rechtsextremisten, Teilnehmerzahl unbekannt, Gedenkmarsch zum Bombenangriff auf Chemnitz im 2. Weltkrieg
- 05.01.2008, NPD, ca. 50 Teilnehmer, Mitgliederversammlung
- 26.01.2008, NSC (Nationale Sozialisten Chemnitz), ca. 70 Teilnehmer, Zusammenkunft der Nationalen Sozialisten Chemnitz (offiziell Geburtstagsfeier)
- 16.02.2008, Rechtsextremisten, ca. 50 Teilnehmer, Spontandemonstration
- 17.02.2008, NSC, Teilnehmerzahl unbekannt, Spontandemonstration
- 02.03.2008, NSC, Teilnehmerzahl unbekannt, Spontandemonstration „Im Gedenken an tausende Unschuldige – 05. März 1945 Chemnitz in Trümmern“
- 05.03.2008, Fraktion REP, ca. 160 Teilnehmer, Gedenkveranstaltung zum Thema: „Wider des Vergessen – würdige Gedenken statt Relativierung“

[9] Antworten des Sächsischen Staatsministeriums des Innern auf Kleine Anfragen durch Abgeordnete des Sächsischen Landtags, 2008

b)	*Straftaten nach § 86a StGB* (Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole)	*Gewalttaten*
2001	102	3
2002	72	6
2003	68	5
2004	85	6
2005	170	2
2006	108	2
2007	117	3
2008 (bis 15.08.2008)	65	1



Workshop AG In- und Ausländer e.V. und der DGB-Jugend mit Schülern zum Thema Rechtsextremismus am 11.03.2008

Ressourcen und bestehende Maßnahmen in der Stadt Chemnitz

Maßnahmen der Behörden und Verwaltung

Polizei

Die Polizei Chemnitz stellt eine der wichtigsten Ressourcen im Kampf gegen Rechtsextremismus, Gewalt und für Demokratie dar. Sie verfolgt strafrechtlich relevante Delikte und informiert über diese.

Sozialamt

In der Fachabteilung Migranten und Wohnungslose des Sozialamtes erfahren Migranten Beratung und Betreuung. Bei Fällen fremdenfeindlicher oder diskriminierender Erfahrungen oder Übergriffe wird nach einer Erstberatung an geeignete Fachstellen weitervermittelt. Eine Vielzahl von Projekten zur Integrationsförderung sowie zur Förderung eines demokratischen und toleranten Miteinanders von Einheimischen und Zuwanderern werden durch das Fachamt begleitet und finanziert.

Ausländerbeauftragte

Die Ausländerbeauftragte informiert und berät ausländische Einwohner, insbesondere zu ausländerspezifischen Problemen, nimmt Anliegen und Fragen entgegen und klärt diese unter Einbeziehung der zuständigen Stellen. Zielgerichtete Projekte sollen Migranten die Integration erleichtern, Orientierungshilfe geben sowie Toleranz und ein friedliches Zusammenleben der Stadt nachhaltig fördern. Die Ausländerbeauftragte berät und unterstützt Fachbereiche bei ausländerrelevanten Fragen. Sie arbeitet eng mit privaten Organisationen bzw. Initiativen der Migrationsarbeit sowie mit Landes- bzw. Bundesbeauftragten zusammen.

Kriminalpräventiver Rat

Der Kriminalpräventive Rat der Stadt Chemnitz beschäftigt sich schon seit einigen Jahren mit den Themen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. So wurde unter anderem dem Stadtrat die so genannte „Chemnitzer Erklärung zu Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus“, die vom KPR beschlossen wurde, zur Kenntnisnahme am 05.02.2003 vorgelegt. Des Weiteren erstellte der KPR mit anderen Akteuren den Flyer „Das sieht verboten“ (Auflagenhöhe: 30.000), der über rechtsextremistische Symbole aufklärt. In Zusammenarbeit mit dem Amt für Jugend und Familie wurde eine Elterninformationsbroschüre erarbeitet, die in 2. Auflage vorliegt. Außerdem unterstützt der KPR im Rahmen der ihm zur Verfügung stehenden Ressourcen bestimmte kleinere Publikationen. Ebenfalls wurden in den vergangenen Jahren mehrere Ausstellungen organisiert, zuletzt eine Plakatausstellung zum Thema Alltagsrassismus, die in den Räumen der Industrie- und Handelskammer Südwestsachsen im Jahr 2007 zu sehen war.

Amt für Jugend und Familie

Das Amt für Jugend und Familie unterstützte und begleitete ebenfalls Projekte zur Integrations- und Demokratieförderung. Genannt seien die Betreuung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen sowie das Projekt Interkulturelles Lernen der AG In- und Ausländer e. V. Die AG Rechtsextremismus der Stadt Chemnitz wird durch das Amt für Jugend und Familie geleitet und koordiniert.

Maßnahmen der öffentlichen und freien Jugendhilfe

Die Stadt fördert im Rahmen der Jugendhilfe Leistungen für junge Menschen, um ihnen interessante Freizeitangebote, aber auch Hilfe bei der Integration in das gesellschaftliche Leben sowie in Ausbildung und Arbeit bereitzustellen. Für über 130 Projekte stellt die Stadt Chemnitz eine Fördersumme von ca. 7 Mio € jährlich zur Verfügung.

Toleranz, Beteiligungsmöglichkeiten und die Möglichkeit von Demokratieerfahrungen sind Qualitätskriterien bei allen Projekten.

Bereits in den 1990er Jahren wurde bei Streetworkprojekten der Stadt mit rechtsorientierten Hooligan-Gruppen im CFC- Umfeld gearbeitet, um vor allem Jugendliche aus der Szene zu bekommen und zum Teil mit Erfolg in vorhandene Freizeitprojekte zu integrieren.

Ende der 1990er Jahre sind im Jugendklub „Piccolo“ (Schwerpunkttreff rechtsorientierter Jugendlicher und junger Erwachsener zu dieser Zeit) Antiaggressivitätskurse mit rechtsorientierten Jugendlichen im Rahmen erlebnispädagogischer Maßnahmen durchgeführt worden.

Auf Anregung des Arbeitskreises §§ 11 – 14 SGB VIII wurde 2005 eine AG Rechtsextremismus gegründet, um abgestimmte Maßnahmen zur Unterstützung der Sozialarbeiter von Projekten der Jugendhilfe zu initiieren und zu befördern. Sie trifft sich mehrmals jährlich, nimmt Informationen aus den Vereinen auf und gibt Hinweise und Empfehlungen an freie Träger weiter.

Die in diesem Zusammenhang 2005 durchgeführte Befragung der Sozialarbeiter in den Projekten hat verwertbare Ergebnisse gebracht, die in einem Workshop ausgewertet und zu einem erfolgreichen Erfahrungsaustausch genutzt wurden. Die Ergebnisse liegen als Powerpoint-Präsentation vor.

Die Sozialarbeiter vor allem der Streetworkprojekte haben aktiv eine bundesweite Initiative einer Kinder- und Jugendwahl unterstützt und diese mit großen Aufwand und hoher Beteiligung 2006 in Chemnitz organisiert. Die Ergebnisse machten deutlich, dass überdurchschnittlich viele Jugendliche unserer Stadt rechtsextremistische Parteien bevorzugt haben (14,6 % gingen an die NPD, bundesweit 6,6 %).

2006 wurden die ernstzunehmenden rechtsextremistischen Erscheinungsformen auch im Jugendhilfeausschuss thematisiert und im Dezember 2006 stellte die Stadt unter Federführung der AG Rechtsextremismus den Antrag für das Bundesförderprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus,

Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“, der leider 2007 abgelehnt wurde. 2008 erhielt die Stadt den Zuschlag auf den Antrag für das Förderprogramm „Weltoffenes Sachsen“, aus welchem auch die Erstellung des vorliegenden Lokalen Aktionsplans finanziert werden konnte.

Das Amt für Jugend und Familie organisierte einen Fortbildungstag zu Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, um alle Amtsbereiche zum Thema zu sensibilisieren.

In den Jahren 2002 und 2005 wurden vom Amt für Jugend und Familie gemeinsam mit dem Präventionsbereich der Polizeidirektion Chemnitz Elterninformationsbroschüren mit einer Auflagenhöhe von jeweils 2.000 Stück herausgegeben und den Schulen und Freizeiteinrichtungen zur Arbeit mit den Eltern zur Verfügung gestellt. Die Herausgabe einer überarbeiteten Auflage ist mit einer Stückzahl von 2.000 im vierten Quartal 2008 geplant.

Das stadtweit wirksame Netzwerk zur Integration von Zuwanderern hat zahlreiche Vereine veranlasst, viele Initiativen in Richtung Toleranz, Integration und Demokratieverständnis zu organisieren. Dazu gehören:

- Seit 15 Jahren regelmäßig stattfindende jährliche Turniere unter dem Motto „Sport statt Gewalt“, organisiert durch den Jugendklub „UK“ der AWO Chemnitz. Beispiele 2008: 15. Poolbillardturnier, 16. Fußballturnier, 13. Volleyballturnier, 9. Tischtennisturnier.

Internationales Volleyballturnier 2008 um den Pokal „Für Toleranz und Verständigung” in Zelów bei Lódz. Pokalgewinner 2008: Johannes-Kepler-Gymnasium Chemnitz.

- Befürwortung und Unterstützung freier Träger bei der Organisation von Civitas- und LOS-Projekten. Vom ersten Förderjahr 2003 an bis 2008 wurden in Chemnitz 172 Mikroprojekte mit einem Gesamtvolumen von 963.000.00 € gefördert.
  Beispiele:
  Jüdische Gemeinde Chemnitz – „Miteinander statt Nebeneinander“
  AWO Kreisverband Chemnitz- „Ehrenamt. Tätigkeit von Migranten“
  Sächsische Sozialakademie – „Sorry, I dont understand“
  Neue Arbeit Chemnitz – „Integration und Toleranz statt Isolation ...“
  Verein der Angolaner e. V. – Antirassismusarbeit für Toleranz und Demokratie

Eröffnungsveranstaltung der Interkulturellen Wochen in Chemnitz am 20.09.2008, auf dem Neumarkt/ Bühnenprogramm

- Mitfinanzierung von Angeboten der politischen Bildung für Jugendgruppen und Multiplikatoren (Projekt Courage Chemnitz, DGB Region Chemnitz, seit 2001)
  Beispiele 2008 aus Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen (KJFE):
  KJFE Joki (Johanniskirche) – Fahrt nach Auschwitz
  KJFE OK im Kraftwerk – Fahrt in den Bundestag nach Berlin,
  „Politikmonopoly“, Breakdance gegen Gewalt,
  KJFE Heilsarmee – Projekt mit Courage Chemnitz
  Chemnitzer Verein für Jugendarbeit und Jugendweihe e. V. – Fahrt nach Buchenwald, Internationale Abende

Friedenskirche, Pauli-Kreuz-Kirche – Jugendveranstaltungen zu Religionen und rechte Gewalt
Arthur e. V. – Politisches Theater
AG In- und Ausländer-Projekt „Interkulturelles Lernen“

- Internationaler Jugendaustausch:
  Realisierung von transnationalen Begegnungsprojekten mit Partnerländern in Europa, Förderung von Vorhaben des Jugendaustausches bei Trägern der freien Jugendhilfe, Initiierung von Projekten mit Chemnitzer Partnerstädten, Beteiligung an der Koordinierung von Maßnahmen im Rahmen der Europawoche und der Interkulturellen Wochen:
  Agricola-Projekt 2006/2007 (D/ Frankreich/ Spanien)
  Europa spielt 2007 (D, Polen., Tschechien, Slovenien)
  Internationales Volleyballturnier, Pokal für Freundschaft und Verständigung, 2006
  Jugendbegegnung Chemnitz/ Ljubljana/ Chomutov) 2007
  „soul expression“ internationales Hip Hop Turnier 2007

Schülerinnen und Schüler der Georg-Weerth-Mittelschule beim Erlernen des vietnamesischen Strohhuttanzes.

Maßnahmen von Initiativen und Vereinen

AG In- und Ausländer e. V.

Die Aktivitäten der AG In- und Ausländer e. V. sind darauf gerichtet, ein gleichberechtigtes Zusammenleben von einheimischer Bevölkerung und Zuwanderern in der Stadt Chemnitz zu ermöglichen und mit zu gestalten. Der Verein will gegenteilige Positionen wie Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus und der damit verbundenen Ausgrenzung von Migrantinnen und Migranten wirkungsvoll begegnen, auf diese Weise deren Integrationsprozess fördern. Er hat dazu verschiedene Projekte ins Leben gerufen. Sie sollen den Migrantinnen und Migranten vor allem dabei Unterstützung geben, sich in der neuen Lebenswelt zurechtzufinden, und mit der oftmals großen Lücke zwischen ihren Erwartungen und den hiesigen Realitäten zurechtzukommen. Aber auch auf dem Gebiet der offenen Kinder- und Jugendarbeit entwickelt er Initiativen, um einheimische Kinder und Jugendliche für Erscheinungen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus zu sensibilisieren und deren Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen, rassistischen und rechtsextremen Denk- und Wertmustern anzuregen. Der Verein unterstützt wirkungsvoll das Schülerprojekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ an den Chemnitzer Schulen. Er ist mit seinen spezifischen Möglichkeiten der Migrations- und Integrationsarbeit, vor allem durch seine zahlreichen direkten Kontakte zu Migrantinnen und Migranten, deshalb oft Anlaufpunkt anderer Träger der Migrations- und Integrationsarbeit, um Erfahrungen auf diesem Gebiet zu vermitteln. Die AG In- und Ausländer e. V. ist Teil des in Chemnitz bestehenden Integrationsnetzwerkes und oft Initiator stadtweiter Aktionen für Demokratie und Toleranz.

Kulturbüro Sachsen e. V. – Mobiles Beratungsteam Neukirchen

Das Kulturbüro Sachsen e. V. berät über seine Mobilen Beratungsteams Vereine, Initiativen, Kommunalpolitik und -verwaltung, Kirchgemeinde und Netzwerke mit dem Ziel, rechtsextremistischen Strukturen und deren Ideologie eine aktive demo-

kratische Zivilgesellschaft entgegenzusetzen. Gemeinsam mit lokalen Partnern, geleitet vom Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe", erarbeiten wir spezifische Konzepte und Strategien und verstehen uns dabei als Impulsgeber, Moderator und Begleiter. Im Rahmen von Weiterbildungen bieten wir neben Analysen zum Rechtsextremismus und dessen vielfältigen Erscheinungsformen auch Argumentationstrainings und praxisorientierte Fallarbeit.

Opferberatung, RAA Sachsen e. V.

Die Beratungsstelle in Chemnitz berät, betreut und begleitet Betroffene, deren Angehörige und Zeugen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Gewalt in der Stadt Chemnitz sowie im gesamten Regierungsbezirk. Unterstützt wird vordergründig bei der Klärung der rechtlichen Situation, der psychischen Verarbeitung des Übergriffs sowie der Organisation von finanzieller Unterstützung und Wiedergutmachung. Durch Informations- und Präventionsveranstaltungen wird die Öffentlichkeit über die psychosoziale und rechtliche Situation von Opfern aufgeklärt.
Der RAA Sachsen e. V. betreibt für den gesamten Freistaat drei Beratungsstellen in Dresden, Chemnitz und Leipzig.

Jugendforum Chemnitz

Das Jugendforum Chemnitz versteht sich als Vermittler zwischen Jugendlichen und verschiedenen Gremien innerhalb der Stadtverwaltung und des Stadtrates. Eine Gruppe von ca. 15 jungen Menschen im Alter von 16 – 25 Jahren engagiert sich ehrenamtlich im Rahmen von Projekten, die das Jugendforum trägt und initiiert sowie in Ausschüssen und Arbeitskreisen der Stadt. Ziel ist es, Jugendlichen zu ermöglichen, sich in lokale Entscheidungen als „Profis“ einzumischen und mit zu bestimmen. Dies fördert das Verständnis und das Gefühl der Teilhabe und Erlebbarkeit an unserer Demokratie. So sollen basisdemokratische Projekte, wie die Entwicklung eines Jugendstadtteils, das Graffitiprojekt, Zukunftswerkstätten und Kinderkonferenzen als fester Projektbestandteil des Jugendforums die jungen Leute in ihrer Lebens-

welt abholen und ihnen Möglichkeiten zur demokratischen Veränderung ihrer Umwelt aufzeigen. Die „Erwachsenen“ sollen dabei die Ideen, das Potential und die Energie der Jugendlichen akzeptieren, tolerieren und in die eigene Welt integrieren, so dass sich die Generationen gemeinsam für die Verbesserung der Stadt Chemnitz und zur Stärkung der Demokratie, als Vorbeugung gegen rechtes Gedankengut, einsetzen.

Alternatives Jugendzentrum Chemnitz (AJZ) e. V.

Der Verein besteht seit Anfang der 1990er Jahre und hat es sich zur Aufgabe gemacht, kulturelle, soziale und internationale Kinder- und Jugendarbeit in Chemnitz zu leisten. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Unterstützung und Beratung von sozial gefährdeten Gruppen bzw. Randgruppen der Gesellschaft. Dabei werden die Zielgruppen von den Angestellten und ehrenamtlichen Mitarbeitern des Vereins zu einem demokratischen, gleichberechtigten und selbstbestimmten Miteinander angeleitet. Besondere Aufmerksamkeit hat dabei die Auseinandersetzung mit rassistischen, faschistischen und sexistischen Erscheinungen der heutigen Gesellschaft. Die Umsetzung dieser Vereinsziele erfolgt z. B. durch die Organisation eigener Veranstaltungen (Vorträge, Seminare) zu den genannten Themenkomplexen.
Selbstverständlich werden durch den AJZ e. V. auch andere Vereine und Projekte bei der Durchführung von Veranstaltungen zu diesen Themen unterstützt. So gab es in der Vergangenheit beispielsweise eine Zusammenarbeit mit dem Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Auch eine schulübergreifende Antirassismusinitiative („Pinien und Zypressen“) wurde beratend begleitet.

Maßnahmen in Schulen

Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage

Hierbei handelt es sich um ein bundesweites Projekt von und für Schülerinnen und Schüler, die gegen alle Formen von Diskriminierung, insbesondere Rassismus, aktiv vorgehen und einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft lei-

sten wollen. Bisher gibt es in Chemnitz sieben Schulen, die diesen Titel tragen. Jede Schule kann den Titel erwerben, wenn sie folgende Voraussetzungen erfüllt: Mindestens 70 Prozent aller Menschen, die in einer Schule lernen und lehren (Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, technisches Personal) verpflichten sich mit ihrer Unterschrift, sich künftig gegen jede Form von Diskriminierung an ihrer Schule aktiv einzusetzen, bei Konflikten einzugreifen und regelmäßig Projekttage zum Thema durchzuführen.

Aktionsstand des Netzwerkes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" im Rahmen der Eröffnungsveranstaltung der IKW 2008

„Courage Chemnitz" – Projekt der DGB Jugend Chemnitz im NDC

Die lokale Netzstelle des bundesweiten „Netzwerkes für Demokratie und Courage" (NDC) fördert eine demokratische Kultur und will Mut machen, nicht wegzusehen, wenn Diskriminierung geschieht. Es unterstützt eine emanzipatorische und damit nicht-rechte Gegenkultur durch die Stärkung von antirassistischen Positionen und das Aufzeigen alternativer Handlungsoptionen. Zielgruppe sind junge Menschen in Schulen und außerschulischen Einrichtungen, aber auch Lehrerinnen und Lehrer sowie soziale Fachkräfte. Mit den Projekttagen „Für Demokratie Courage zeigen", die bundesweit einheitlich konzipiert sind und auswertbare Qualitätsstandards aufweisen, werden verschiedene Aspekte von Demokratie, Mitbestimmung, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Sexismus, Gewalt, Europa, Medien und Jugendkultur beleuchtet. Widersprüche werden aufgezeigt und es wird zum Nachdenken angeregt, um Vorurteilen entgegenzutreten. Das Netzwerk wird inhaltlich von jungen Menschen gestaltet, die eine Teamer-Ausbildung absolviert haben. Es bestehen enge Kooperationen mit der AG In-und Ausländer, die bei der inhaltlichen Ausgestaltung von Bildungsveranstaltungen oft auf die Ressourcen der lokalen NDC Netzstelle zurückgreifen.

Maßnahmen im Bereich des Sports

Sportprojekte („Sportnacht“, „Cool Down, Kick Off“)

Diese Konzepte vermitteln Kindern und Jugendlichen, wie Konflikte friedlich gelöst werden können und wie Schwächere ins Team eingebunden werden. So können Vorurteile gegen Menschen anderer Herkunft, Religion, Hautfarbe oder anderen Geschlechts abgebaut werden.

FAN-Projekt der Arbeiterwohlfahrt KV Chemnitz und Umgebung für Chemnitz

Das Chemnitzer FAN-Projekt existiert seit dem 01.07.2007. Es arbeitet nach den Richtlinien des „Nationalen Konzeptes für Sport und Sicherheit“, welches als Reaktion des DFB auf die Zunahme von Gewalt und Rassismus in deutschen Fußballstadien zu verstehen ist. Das Fanprojekt versucht Ziele, wie soziales Engagement und politische Verantwortlichkeit jedes Einzelnen sowie die Integration in die Gesellschaft zu erreichen. Dabei ist die intensive Teilnahme an der Lebenswelt der Fußballanhänger durch Begleitung zu Heim- und Auswärtsspielen, für die ein eigenes FAN-Mobil zur Verfügung steht und die Förderung einer regelmäßigen Beziehung zum Chemnitzer FC, eine wichtige Arbeitsgrundlage. Weitere bedeutende Bestandteile der Arbeit sind Lesungen und Seminare zwischen Jugendlichen & Institutionen, die Gewährung von anlassbezogener Hilfe, wie zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Beratungseinrichtungen, sowie die Schaffung von Freizeitangeboten, Fußballturnieren oder interessenspezifische Arbeitsgruppen.

Der Cup der Antifaschistischen Fußball-Fan-Initiative (A.F.F.I.-Cup)

Die A.F.F.I. veranstaltet seit 2005 Fußballturniere, um den fußballerischen Austausch zwischen unterschiedlichsten Gruppen, Lebensstilen und Kulturen anzuregen, ge-

meinsam Fußball-Kultur zu genießen. Gleichzeitig sind die Turniere und deren Rahmenprogramm ein Podium, um über die negativen Seiten des Fußballkultes wie Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, aber auch die Diskriminierung von Fans durch Kommerz und Sicherheitswahn zu diskutieren. Im Rahmen des A.F.F.I.-Cups „Kein Ballbreit dem Rassismus“ wird aktiv gegen Rassismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit bei sportlichen Wettkämpfen vorgegangen. Die Turniere werden von verschiedenen Chemnitzer Vereinen wie dem AJZ e. V., dem Hasek e. V. und dem Vietnamesischen Sportverein gemeinsam und ehrenamtlich selbst organisiert. Am Turnier selbst nehmen in- und ausländische migrantische Teams, Teams aus ganz Sachsen und vor allem Teams von Chemnitzer Kultur- und Jugendeinrichtungen teil. Mit den Turnieren wird seit nunmehr vier Jahren ein klares Zeichen antirassistischer Fußball-Kultur gesetzt.

Frau Cong Su, chinesische Studentin an der TU Chemnitz, lernt einer Schülerin aus dem Karl-Schmidt-Rottluff-Gymnasium das chinesische Schriftsystem.

Zielstellung des Lokalen Aktionsplans der Stadt Chemnitz

Wir leben in einer demokratischen, pluralistischen und weltoffenen Stadt, mit einer aktiven und couragierten Zivilgesellschaft.

LEITZIEL A	LEITZIEL B	LEITZIEL C	LEITZIEL D
Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung arbeiten gemeinsam für ein tolerantes, demokratisches und weltoffenes Klima in unserer Stadt und sind reaktionsfähig gegenüber Erscheinungsformen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.	Die Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft, Politik und Verwaltung sind über Strukturen, Aktivitäten und Codes der rechten Szene informiert und sensibilisiert. Sie werden angeregt, sich mit Erscheinungen des Alltagsrassismus auseinanderzusetzen.	Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene leben gleichberechtigt, nach demokratischen Grundsätzen und tolerant miteinander. Sie setzen sich gegen Diskriminierung und Gewalt ein.	In unserer Stadt leben Menschen mit und ohne Migrationshintergrund selbstverständlich und anerkennend zusammen.

Leitziel A

Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung arbeiten gemeinsam für ein tolerantes, demokratisches und weltoffenes Klima in unserer Stadt und sind reaktionsfähig gegenüber Erscheinungsformen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus.

Mittlerziele

A1 In der Stadt Chemnitz existiert ein regelmäßig tagendes Arbeitsgremium unter Federführung der lokalen Koordinierungsstelle, welches in enger Abstimmung mit

dem Begleitausschuss des Lokalen Aktionsplans sowie lokalen und regionalen Initiativen und staatlichen Strukturen die Themenfelder Demokratiebildung und interkulturelles Lernen, aber auch Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus beständig diskutiert und öffentlich Stellung bezieht.

A2 Zivilgesellschaftliches und staatliches Engagement für Toleranz, Vielfalt und Beteiligungskultur sowie bereits gelingende Alltagspraxis werden gebündelt und unter Nutzung geeigneter Medien veröffentlicht.

A3 Vielfältige bildungs- und erlebnisorientierte Beteiligungsprozesse ermöglichen die lebensweltnahe Partizipation und vermitteln den Wert von Demokratie als Lebensform im sozialen Nahraum.

Handlungsziele

A1.1 In enger Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteuren der Stadt Chemnitz wird 2009, koordiniert durch die Lokale Koordinierungsstelle, eine strategische Diskussion mit dem Ziel klarer Handlungsleitlinien und öffentlicher Positionierung gegenüber rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Vorfällen initiiert und öffentlich geführt.

A2.1 In ämterübergreifenden Arbeitsgruppen werden Wege gesucht und beschrieben, wie Bürgerinnen und Bürger einfacher und nachhaltiger an städtischen Vorhaben beteiligt werden können. Diese Querschnittsaufgabe ist ein wichtiger Bestandteil der städtischen Qualitätsentwicklungsbemühungen und wird unter Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern bearbeitet.

A3.1 Für Chemnitzerinnen und Chemnitzer besteht ein Angebot mit individuellen Zugangswegen (Internet, Beratungsstelle, Informationsbroschüre, Telefon, ...), in welchen nach den Grundsätzen des Empowerments (der Selbstbefähigung) Wissen und Kompetenzen zur gesellschaftlichen Teilhabe und autonomen Lebensgestaltung vermittelt werden.

A3.2 Jedes Jahr findet in Chemnitz ein Fortbildungsangebot zur Thematik „Zivilcouragiertes Handeln – Eingreifen statt Wegschauen“ statt. Dieses richtet sich konzeptionell an verschiedene Zielgruppen und sollte dementsprechend unterschiedlichen Bedürfnissen nach fachlicher Ausgestaltung, Umfang und Dauer angepasst sein (parallele Durchführung, Sommerakademien, Mehrtagesseminare, ...).

A3.3 Angebote in diesem Handlungsfeld sind lokal zugänglich zu gestalten und knüpfen an bestehende Strukturen des sozialen Nahraums der Chemnitzerinnen und Chemnitzer an (Bürgerbüros, Sport- und Bürgervereine, ...).

Leitziel B

Die Bürger/innen und die Vertreter/innen der Wirtschaft, Politik und Verwaltung sind über Strukturen, Aktivitäten und Codes der rechten Szene informiert und sensibilisiert. Sie werden angeregt, sich mit Erscheinungen des Alltagsrassismus auseinanderzusetzen.

Mittlerziele

B1 In schulischen und außerschulischen Projekten wird die Entwicklung eines reflektierten Geschichtsbewusstseins befördert. In diesen Projekten werden auch aktuelle Themen und Fragestellungen aufgegriffen, z. B. die Wahrnehmung und der gesellschaftliche Umgang mit latentem Alltagsrassismus.

B2 Die Bürgerinnen und Bürger sind über die Erscheinungsformen und Strukturen des Rechtsextremismus aufgeklärt und die Hilfe für die Opfer rechter Gewalt ist gestärkt.

B3 Die Aktivitäten und Initiativen in der Stadt Chemnitz im Arbeitsfeld „Demokratie und Toleranz“ sind untereinander vernetzt und aufeinander abgestimmt. Die beteiligten Akteure und die Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung pflegen

einen aktiven Informationsaustausch, der zur Herausbildung einer einheitlichen Strategie gegen Formen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit führt.

Handlungsziele

B1.1 Historische Bildungsprojekte nutzen verstärkt die Möglichkeiten zur Einbindung und Durchführung von Zeitzeugengesprächen. Diese werden ggf. in Kooperation mit überregionalen Trägern organisiert. Als Bestandteil der Projekte wird auch der intergenerative und der interkulturelle Dialog mit Zeitzeugen der Region gestärkt.

B1.2 Zu Ursachen, Wirkungsweisen und politischen Realitäten von totalitären Regimes werden inhaltliche Angebote entwickelt, die in Schulen und Jugendeinrichtungen Aufklärung leisten. Dazu werden auch Bildungsfahrten zu authentischen Orten der Zeitgeschichte organisiert.

B2.1 Im Förderjahr finden mindestens zwei Projekte zur Förderung demokratischer Kompetenzen, zur Information und Sensibilisierung über rechte Strukturen und Erscheinungsformen zielgruppenadäquat statt.

B2.2 Für Pädagoginnen und Pädagogen sowie interessierte Multiplikatorinnen und Multiplikatoren wird jährlich mindestens eine Fortbildungsveranstaltung im Themenfeld „Umgang mit rech-

Herr Dang aus Vietnam erläutert Schülerinnen und Schülern der Georg-Weerth-Mittelschule Chemnitz das vietnamesische Schrift- und Lautsystem. Eine Veranstaltung im Rahmen des Projektes „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" am 23.09.2008.

ten Parolen“ und „rechte Symbolik und Erscheinungsformen“ angeboten, an denen mindestens 30 Personen teilnehmen.

B2.3 Für die Opfer rechter Gewalt bestehen Beratungs- und Unterstützungsangebote. Diese sind öffentlich bekannt, kosten- und barrierefrei.

B2.4 Einmal jährlich finden parteiübergreifende Treffen statt, in denen die Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes diskutiert und Impulse für dessen Fortschreibung gegeben werden. Hieraus werden auch konkrete Festlegungen für die eigene Parteiarbeit getroffen und entsprechende Parteiinitiativen entwickelt.

B3.1 Die lokale Koordinierungsstelle regt die Bildung einer arbeitsfähigen Vernetzungsstruktur an, sorgt für eine kontinuierliche Abstimmung und Information der Beteiligten.

B3.2 In Chemnitz besteht für Zwecke der allgemeinen Information zu diesem Schwerpunkt eine Internetplattform, es wird ein regelmäßig erscheinender Newsletter herausgegeben (mindestens sechsmal jährlich durch die Lokale Koordinierungsstelle) und regelmäßige Pressegespräche und -mitteilungen sowie Informationsabende in den Stadtteilbüros versorgen die lokale Öffentlichkeit mit Informationen.

B3.3 In den Ämtern der Stadt Chemnitz werden jährlich Seminare durchgeführt, in denen die Mitarbeiter für Erscheinungen von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus sensibilisiert und angeregt werden, sich mit diesen Denk- und Verhaltensweisen auseinanderzusetzen.

Leitziel C

Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene leben gleichberechtigt, nach demokratischen Grundsätzen und tolerant miteinander. Sie setzen sich gegen Diskriminierung und Gewalt ein.

Mittlerziele

C1 Befähigung der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum toleranten und gewaltfreien Umgang miteinander auf Grundlage eines humanistischen Weltbildes sowie Herausbildung von couragierter Handlungsfähigkeit bei Konfrontation mit allen Formen von Diskriminierung.

C2 Junge Menschen werden in der Stadt, ihrem Stadtteil, in der Schule, in Jugendeinrichtungen oder Vereinen aktiv, vernetzen sich untereinander und setzen sich für ein demokratisches und tolerantes Miteinander ein.

C3 Das Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wird als eine Form des schulbezogenen Engagements verstanden und weiter ausgebaut, denn es trägt zur Stärkung der demokratischen Potentiale von jungen Menschen bei.

C4 (Sozial-)Pädagogische Fachkräfte setzen sich mit Erscheinungsformen von Rechtsextremismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und (Alltags-)Diskriminierung auseinander, kennen Möglichkeiten der Demokratieentwicklung und sind in der Lage diese Informationen anzuwenden und weiterzugeben.

Handlungsziele

C1.1 Kindertageseinrichtungen, Schulen und Freizeiteinrichtungen sind als formelle Orte des demokratischen Denkens und Handels ebenso zu fördern wie informelle Lern- und Lebensbereiche der außerinstitutionellen Bildung. Die altersgemäßen

Bildungssettings in Bezug auf die Wahl von Methodik und Thematik werden von den Kindern und Jugendlichen aktiv (mit)gestaltet und haben folgende inhaltlichen Schwerpunkte:

C1.2 Kinder und Jugendliche werden über die Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten aufgeklärt. Angemessene Formen des Austausches und der Begegnung ermöglichen den Abbau von Berührungsängsten und Vorurteilen gegenüber Verschiedenheit und Anderssein z. B. in Bezug auf religiöse Überzeugungen, sexuellen Orientierungen sowie körperliche und geistige Behinderungen.

C1.3 Für die Auseinandersetzung mit historischen Ereignissen und Akteuren (vor allem für die Zeit des Nationalsozialismus und der DDR) sowie mit alten und neuen Erscheinungsformen des Antisemitismus stehen angepasste Projektangebote zur Verfügung.

C1.4 Couragierte Handlungsformen sowie die Befähigung zur demokratischen Entscheidungsfindung und gewalt- und diskriminierungsfreien Konfliktlösung werden lebensweltnah vermittelt und eingeübt.

C2.1 Junge Menschen kennen durch verschiedenste und jugendgemäße Informationsformen, Möglichkeiten gesellschaftlich demokratischer Beteiligung und bringen sich in kommunale Entscheidungsstrukturen (wie Jugendforum, Schülerrat, Stadtteilrunden etc.) oder in lokalen Organisationen, Verbänden, Vereinen und Initiativen ein.

C2.2 Beratend und unterstützend wirkt die Koordinierungsstelle als „Kontaktbörse“ zu Stadtverwaltung, zu den Gremien des Stadtrates, Vereinen etc., unterstützt junge Menschen beim gesamten Antragsverfahren im Lokalen Aktionsplan Chemnitz und gibt Auskünfte und Hilfestellungen zu Antragstellungen bei weiteren Antragsprogrammen.

C2.3 Es stehen Räume und Einrichtungen für junge Menschen zur Verfügung, um eine demokratische, partizipative und integrierende Jugendkultur zu fördern und zu stärken.

C2.4 Durch die Kinderbeauftragte, (sozial)pädagogischen Fachkräfte und Ehrenamtliche werden junge Menschen in ihrem Engagement befähigt und unterstützt, eigene Projekte und Aktivitäten durchzuführen. Junge Menschen werden in Jugendinitiativen aktiv und setzen sich mit selbstinitiierten Projekten für ein demokratisches und tolerantes Miteinander ein.

C2.5 Mindestens einmal im Jahr findet eine Großveranstaltung zur Auswertung und Planung jugendgemäßer Beteiligungsformen und Projekte statt.

C2.6 Die Öffentlichkeit wird einmal im Jahr durch eine Großaktion von jungen Menschen für das Ausmaß und die Folgen von Diskriminierung, Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Demokratiedefizite sensibilisiert.

C3.1 Schulen, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen oder die diesen Titel anstreben, werden in ihren Aktivitäten zur kontinuierlichen und lebendigen Ausgestaltung u. a. durch sächsische Landeskoordination unterstützt.

C3.2 Es finden regelmäßig Workshops für Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer statt, die als Plattform für Erfahrungsaustausch, Wissens- und Ideentransfer und zu Planungen gemeinsamer Aktionen dienen.

C3.3 Mindestens drei Schulen, die den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen oder abstreben, nehmen an landes- und bundesweiten Vernetzungstreffen teil. Sie stellen damit ein stadtweites Unterstützungssystem zur Verfügung, welches sich auf regelmäßigem Austausch begründet.

C4.1 Für Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Sozialpädagoginnen und -pädagogen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren stehen bedarfsgerechte Weiterbildungsveranstaltungen zur Verfügung, so dass mindestens eine Person/ Einrichtung den Themengebieten entsprechend handlungsfähig ist.

C4.2 Schule und Jugendhilfe entwickeln klare Umgangsweisen mit rechtsextremer Gesinnung und rechter Subkultur. Diese werden in gemeinsamen pädagogischen Veranstaltungen erarbeitet und dokumentiert.

Leitziel D

In unserer Stadt leben Menschen mit und ohne Migrationshintergrund selbstverständlich und anerkennend zusammen.

Mittlerziele

D1 Die Stadt Chemnitz öffnet sich interkulturell und ihre Bürgerinnen und Bürger sind zu interkultureller Kompetenz fähig.

D2 Die Chemnitzerinnen und Chemnitzer besitzen ein Integrationsverständnis, wobei Integration nicht als Einbahnstraße, sondern als gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund betrachtet wird.

D3 Sie verinnerlichen und leben im Alltag der Stadt die Grund- und Menschenrechte, entwickeln ein gegenseitiges Verantwortungsgefühl, handeln couragiert bei Konfrontationen mit Erscheinungen von Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus und gehen sensibel mit Begrifflichkeiten um, die unter Umständen stigmatisieren und ausgrenzen.

Handlungsziele

D1.1 Migrantinnen und Migranten werden im öffentlichen Leben stärker einbezogen insbesondere durch:

- die gleichberechtigte Stellenbesetzung u. a. in Verwaltungen
- eine stärkere Partizipation an politischen Entscheidungen der Stadt (z. B. Ausländerbeirat)
- die mehrsprachige Gestaltung der städtischen Öffentlichkeitsarbeit (z. B. Ansagen in öffentlichen Verkehrsmitteln, Wegweiser in Schulen, mehrsprachige Formulierung in Informationsbroschüren außerhalb des Tourismus, Internetauftritt der Stadt Chemnitz)

- das Ermöglichen ihres Zugangs zu kulturellen Angeboten der Stadt und die Förderung einer kulturellen Vielfalt

D1.2 Bereitstellung von Qualifizierungsangeboten zur weiteren Ausprägung von interkultureller Kompetenz, einschließlich der Verbesserung der Sprachkompetenz. Hierbei stehen diese Zielgruppen im Mittelpunkt:
- Pädagoginnen und Pädagogen in Kindertagesstätten und Schulen, insbesondere Mittelschulen und berufsbildenden Einrichtungen
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Justiz und Polizei z. B. für Zeugenbefragungen sowie Herausarbeiten einer rassistischen Tatmotivation
- weitere Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeiter, z. B. Ausländerbehörde, Sozialamt, denen insbesondere Sprachkurse angeboten werden

D1.3 Verwaltungsangestellte und Behörden verhalten sich gegenüber Migrantinnen und Migranten wertschätzend.

D1.4 Die besondere Bedeutung von Chemnitz mit einer zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für Fluchtmigrantinnen und -migranten in Sachsen wird anerkannt, indem sich die Stadt unter anderem für die dezentrale Unterbringung von Asylsuchenden engagiert.

D2.1 Durchführung von Projekten, Workshops und anderen geeigneten Aktivitäten, die den interkulturellen Dialog zwischen einheimischen und zugewanderten Chemnitzerinnen und Chemnitzer fördern, über die Lebenslage und Kultur der Migrantinnen und Migranten informieren und zum Miteinander anregen. Dem religiösen Dialog kommt dabei besondere Aufmerksamkeit zu. Im jährlichen Geschehen der Stadt Chemnitz sollen dabei solche Höhepunkte gestaltet werden, wie
- Antirassismustag (21. März)
- Europawoche (erste Maiwoche)
- Weltfriedenstag (1. September)
- Interkulturelle Wochen (Mitte September bis Anfang Oktober)
- Tag des Flüchtlings

D2.2 Sprachkurse in Chemnitz sind für alle Migrantinnen und Migranten zugänglich gestaltet.

D2.3 Es bestehen Angebote und Projekte, die über die Kultur der Migrantinnen und Migranten in der Stadt Chemnitz informieren, die Lebenslage von Minderheiten reflektieren und die Gemeinwesenarbeit in Stadtteilen fördern.

D2.4 Eltern mit Migrationshintergrund partizipieren am gesellschaftlichen Leben der Stadt, z. B. in Form der Mitwirkung in Elternbeiräten von Schulen.

D3.1 Die Chemnitzerinnen und Chemnitzer werden durch Seminare und andere Weiterbildungsangebote umfassend zu Erscheinungsformen und Ursachen des Alltagsrassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus informiert und sensibilisiert. Es soll dabei besonders auf den Zusammenhang zwischen globalen Prozessen und Migration und Ausgrenzung reproduzierenden Begrifflichkeiten eingegangen werden.

D3.2 Die Stadt positioniert sich deutlich zu rassistischer Diskriminierung und Übergriffen und unterstützt die Opferberatung und Projekte, der Migrations- und Integrationsarbeit.

D3.3 Vorhandene Ressourcen (z. B. Ausländerbeauftragte, Ausländerbeirat, AG In- und Ausländer e. V., Sächsischer Flüchtlingsrat, JOG [Jugend ohne Grenzen], Jüdische Gemeinde, Türkischer Kulturverein e. V.) werden als Schlüsselpositionen für Netzwerke genutzt und aktiv einbezogen.

D3.4 Die Chemnitzerinnen und Chemnitzer haben Kenntnis zu unterschiedlichen Migrationsformen (z. B. Arbeitsmigration, Fluchtmigration), ohne dabei eine Abwertung einzelner Migrantengruppen gegenüber anderen vorzunehmen.

Empfehlungen für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans

Empfehlungen an die Stadt Chemnitz und die politischen Parteien

➟ In der Stadt Chemnitz sollte eine symbolische Anerkennungskultur entwickelt werden, die Engagement und Initiative für Demokratie und Toleranz entsprechend würdigt.

➟ Die Förderung für diesen Handlungsschwerpunkt sollte langfristig angelegt sein. Ferner muss den Akteurinnen und Akteuren deutlich sein, dass die Auseinandersetzung nicht auf den Bereich der Schule und Jugendarbeit begrenzt werden darf, sondern darüber hinaus in die Erwachsenenwelt und somit auch in die Bereiche Wirtschaft und Freizeit getragen werden solle.

➟ Der Begleitausschuss ist als mehrheitlich zivilgesellschaftlich besetztes Gremium zu organisieren und in seinen Entscheidungsbefugnissen weitgehend autonom zu stellen.

➟ In der Stadt Chemnitz müssen auftauchende Probleme mit Rechtsextremismus und deren lokale Schwerpunktbereiche benannt und die kommunalen Verantwortlichen öffentlich aktiv werden. Die inhaltliche Auseinandersetzung sollte sich hierbei auch der verfügbaren Medien bedienen (Amtsblatt, Internet, etc.).

➟ Die kommunale Verwaltung sollte bestehende Planungs- und Entscheidungsprozesse stets unter dem Blickwinkel einer möglichen Beteiligung von Betroffengruppen und interessierten Bürgerinnen und Bürgern prüfen, um demokratische Mitbestimmung und Partizipation zu stärken. Die Akzeptanz von Dissens und konstruktiven Streit ist hierbei zu befördern.

➟ Die lokale Koordinierungsstelle sollte in ihrem Aufgaben- und Kompetenzprofil Grundzüge einer themenspezifischen Stabsstelle tragen, um Möglichkeiten eines horizontalen Eingriffs innerhalb der Ämterhierarchien zu besitzen (Verwaltungstrainings und Schulungen, thematische Richtlinien, Informationsschreiben, ...).

➟ Die Konzentration auf den Schwerpunkt Rechtsextremismus darf nicht zu Lasten anderer Angebote in der Jugend- und Sozialarbeit gehen. Als gesamtgesellschaftli-

ches Phänomen/Problem sind die entstehenden Aufwendungen nicht durch Kürzungen in den bestehenden Haushaltspositionen zu bestreiten, sondern als zusätzliches Engagement zu begreifen. Insbesondere sind alternative, kulturelle und selbstverwaltete/partizipative Angebote zu stärken und erreichbar zu gestalten.

Empfehlungen an die Koordinierungsstelle und den Begleitausschuss für den Lokalen Aktionsplan

➡ Für die Bereiche der Fort- und Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind in Zusammenarbeit mit lokalen Trägern geeignete Curricula zu entwickeln, um eine inhaltliche Auseinandersetzung und Grenzziehung in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremisten zu unterstützen.

➡ Die lokalen Akteure sind mit den Projekten und Initiativen, die im Rahmen des Lokalen Aktionsplans gefördert werden, zu vernetzen und die Ergebnisse und Ansätze bekannt zu machen. Hierfür sollten quartalsweise Treffen organisiert und moderne Medien genutzt werden.

➡ Die Ergebnisse und Diskussionen, die innerhalb des Begleitausschusses und durch Akteure des Lokalen Aktionsplanes erzielt und geführt werden, sind auf geeignetem Wege bekannt und zugänglich zu gestalten.

➡ Zur strategischen Umsetzung der Zielsetzungen des Lokalen Aktionsplans ist federführend durch den Begleitausschuss ein geeignetes Handlungskonzept zu entwickeln, welches eine detaillierte Zielerreichungsstrategie formuliert.

➡ Die Lokale Koordinierungsstelle sollte Initiativen, Vereine und Einzelpersonen aufsuchen und vor Ort beraten. Über den aufsuchenden Ansatz entsteht eine gegenseitige Bekanntheit hinsichtlich der Probleme, Arbeitsweisen und persönlichen Präferenzen. Diese urwüchsige Vernetzung bildet die konkrete Basis für synergetische und nachhaltige Bemühungen, um die Zusammenarbeit und Arbeitsteilung unterschiedlicher Träger zu fördern und die koordinierende Steuerung des Lokalen Aktionsplans zu unterstützen.

➡ Der Aufgabenbereich der Lokalen Koordinierungsstelle beschränkt sich nicht auf die Umsetzung und Begleitung der Aktivitäten innerhalb des Lokalen Aktionsplans (strukturelle Zuständigkeit), sondern greift darüber hinaus Aktivitäten und Initiativen

im Themenfeld auf und bietet Unterstützungs- und Beratungsleistungen an (thematische Zuständigkeit).

Empfehlungen an Vereine und Verbände sowie Bürgerinnen und Bürger

➟ In der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen, antisemitischen und fremdenfeindlichen Denk- und Verhaltensmustern sollte der Blick auf eine „Randgruppenproblematik“ zugunsten einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit Einstellungen, Anschlussmöglichkeiten und Vermittlungsformen in der Gesellschaft verschoben und Zentrum der Arbeit werden.

➟ In Vereinen und Verbänden sollte die Auseinandersetzung mit Elementen der nazistischen Ideologie sowie der Neuen Rechten in die alltäglichen Interaktionsstrukturen auf der Mitglieds- und Nutzerebene einbezogen werden.

➟ Vereine und Verbände sollten klare Anti-Diskriminierungsrichtlinien für ihr Selbstverständnis erarbeiten.

➟ Rechtsextremistische Äußerungen und Bekenntnisse müssen auf allen Ebenen klar geächtet werden. Hierzu kann auch die Formulierung klarer Ausschlusskriterien bzgl. des Tragens bestimmter Symbole und Kleidungsstücke dienen.

Workshop zum Thema: „Neue Entwicklungen in der rechten Jugendszene” im TIETZ, anlässlich des Antirassismustages 2008. Daran nahmen 40 Schülerinnen und Schüler aus 8 Chemnitzer Gymnasien, Mittelschulen und berufsbildenden Schulen teil.

Notizen

Notizen

Impressum

Herausgeber:	Stadt Chemnitz • Die Oberbürgermeisterin
	Bürgermeisteramt/Dezernat Recht, Sicherheit und Ordnung/Kriminalpräventiver Rat
Verantwortlich:	Kriminalpräventiver Rat
	Die veröffentlichten Reden liegen in der Verantwortung der jeweiligen Parteien.
Gestaltung:	Paarmann Promotion
Titelbild:	Das Titelbild wurde mit freundlicher Unterstützung durch das Schülerprojekt
	„KunstGegenRechts" der Montessori-Mittelschule Chemnitz zur Verfügung gestellt.
Druck:	COLOR-DRUCK Zwickau GmbH & Co. KG
	1/2009

Freistaat Sachsen

Staatskanzlei

Gefördert durch das Programm
“Weltoffenes Sachsen. Für Demokratie und Toleranz”